

Geschichte

des

Arbeiter-Bildungsvereines

in Gumpendorf
(VI. Gemeinde-Bezirk von Wien).

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Im Auftrage des Vereinsausschusses
zur
Feier des 25jährigen Bestandes des Vereines
verfaßt von
Dr. M. Ellenbogen.



Wien 1892.

Verlag des Arbeiter-Bildungsvereines (Josef Kunze).

Erste Wiener Vereins-Buchdruckerei.



A 87-1504

Vorbemerkung.



Die nachfolgenden Aufzeichnungen sind zum größten Teile aus lebenden Quellen geschöpft, und es ist in erster Linie meine Pflicht, den Zeitgenossen der verflochtenen Bewegung, vornehmlich den Genossen **Gehrke, Walecka und Popp** für ihre Unterstützung bei dieser Arbeit den Dank auszusprechen.

Die Geschichte der Bewegung selbst durfte ich nur streifen. Die Zeit ist noch nicht reif, sie zu schreiben, wie man sie schreiben muß: rücksichtslos und wahrheitsgetreu, und unserezensur würde es auch nicht erlauben. Andererseits ist ihre Darstellung auch gar nicht die Aufgabe dieser Arbeit. Ich habe mir auch dort, wo ich sie flüchtig skizzirte, eine Kritik versagen müssen. Die Zeit dazu wird aber kommen.

Immerhin ist die Vereinsgeschichte genügend lehrreich und charakteristisch. Möge die organisirte Arbeiterschaft aus ihr Nutzen und Vorteil ziehen!

Wien, 5. November 1892.

Der Verfasser.

1. Beginn der Bewegung und Gründung des Vereines.

Während in den ersten Sechzigerjahren in Deutschland und den übrigen vorgeschrittenen europäischen Staaten die Wogen der Arbeiterbewegung schon hoch gingen, waren von einer solchen in Oesterreich kaum die ersten Spuren vorhanden. Die Industrie, die damals nur an drei Punkten: Wien, Brünn und Nordböhmen eine nennenswerte Ausdehnung besaß, war noch zu gering entwickelt, um die Gegensätze zur scharfen Präzision zu bringen, anderseits machten die Gesetze jegliche freiheitliche Regung unmöglich.

Im Jahre 1865 gab es von Arbeitervereinen nur den Unterstützungsverein für Buchdrucker und den Fortbildungsverein für Buchdrucker, einen Arbeiterverein „Germania“ und einige Spar- und Konsumvereine. Alle diese Vereine beschäftigten sich blos mit Unterstützen und Sparen und alles übrige organisatorische Arbeiterleben erstarrte in den Genossenschaften.

Das Verdienst, die erste Anregung zur konsequenteren Beschäftigung mit den eigenen wirtschaftlichen Angelegenheiten dem Arbeiter gegeben zu haben, gebührt dem Schulze-Dehtsch'schen Schlagworte „Selbsthilfe“. Dem Worte, weniger der von seinem Urheber damit verbundenen wirtschaftlichen Lehre. Die österreichischen Fabrikanten erblickten damals auch in dieser noch die Gefahr, daß „die Bestie aufgerüttelt“ werde (ein Wort Schulze-Dehtsch's). Aber dem recht- und besitzlosen Arbeiterstande mit dem revolutionären Keim in seinem Innern war das Wort „Selbsthilfe“ äußerst sympathisch, und als deutsche Arbeiter, die Lassalle selbst oder seine Lehre gehört hatten, herüberkamen, entbrannte in einzelnen Werkstätten der Kampf zwischen der „Selbsthilfe“ und der ebenso wenig verstandenen „Staatshilfe“. Je weiter aber diese Werkstätten Diskussionen um sich griffen, umso fühlbarer machte sich das Bedürfnis nach einer öffentlichen Auseinandersetzung, nach einer Stätte, wo man legaler Weise und ohne Störung der Arbeit diskutieren konnte. Daher zeigen sich schon im Jahre 1865 die Bemühungen, einen Arbeiter-Fortbildungsverein zu gründen, allerdings in erster Linie, als Wirkung des Schulzeanismus als Arbeiter-Invalidentasse geplant. Im Oktober 1866 trat eine Anzahl Arbeiter am Schottenfeld in einer Privatwohnung zusammen, um eine solche zu gründen. Infolge Mangels der dazu nötigen Gelder wurde der Entschluß gefaßt, einen Fortbildungsverein für Handwerker in's Leben zu rufen. Das Komité, dem unter Anderen Mühlhauser und Hampel angehörten, vereinigte sich mit einer Gesellschaft in Gumpendorf, die ähnliche Absichten verfolgte, und das vergrößerte Komité

verstärkte sich noch weiter durch Hartung, Oberwinder und E. Becher (später Gemeinderat von Wien, Verfasser von „Die Arbeiterfrage“).

Aber die Bemühungen scheiterten an den Gesetzen und an dem instinktiven Mißtrauen der Behörden. Dieselben wiesen das Begehren wiederholt, zuletzt mit der Begründung ab, daß „bei dem mangelnden Beitritte akkreditirter Arbeitgeber und Meister die erforderliche Garantie für das Zustandekommen und den gesicherten soliden Bestand eines solchen Vereines überhaupt nicht geboten ist“. Jetzt sollte sich die erste Aeußerung der beginnenden Bewegung ergeben. Die Nordbahnarbeiter verfaßten eine Petition um ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, in der sie erklärten, die „Arbeiterschaft will nicht in Unwissenheit und gänzlicher Verkommenheit dem Staate zur Last fallen.“ Ihrem Beispiel folgten sofort die Arbeiter der Elisabethbahn, die Arbeiter von Wiener-Neustadt und der Fortbildungsverein der Buchdrucker. Ueberrascht von der ungeahnt großen Zahl der Petenten erklärte der Minister Taaffe den Deputationen, daß er dem Reichsrat einen „liberalen Vereinsgesetzentwurf“ vorlegen werde. Im Reichsrate verlangte hierauf der Abg. Dr. van der Straß kategorisch die Einsetzung eines Vereinsgesetzsausschusses und kurze Zeit darauf langte die versprochene Regierungsvorlage ein. Da das Gesetz beinahe unverändert angenommen wurde, brauchen wir über seine allermwärts genugsam bekannte Liberalität nichts zu bemerken. Aber bezeichnend war es, daß nur der bekannte Achtundvierziger Dr. Mühlfeld, und von den Liberalen nur Dr. Schindler und Dr. Herbst gegen den reaktionären Charakter des Gesetzes Stellung nahmen und insbesondere darauf hinwiesen, daß der § 6 ja das ganze Gesetz wieder aufhebe. Ja sogar ein Erzherzog stimmte gegen diesen verächtlichen § 6 B. G., weil Dr. Mühlfeld gedroht hatte, daß die „Staatsgefährlichkeit“ auch auf die Jesuiten ausgedehnt werden könnte! Die übrigen Liberalen nahmen beinahe ohne Debatte das ganze Gesetz an.

Kaum war die Publikation desselben am 15. November 1867 erfolgt, als sofort eine große Zahl von Vereinsgründungen begann. Es war wie mit einem Schläge eine Arbeiterbewegung da. So erbärmlich das neue Vereinsgesetz war, das Bischen mehr Bewegungsfreiheit, das es gestattete, genügte, um die durch den wenn auch gering entwickelten Industrialismus und noch mehr durch die Schulze-Dehlig'schen und Lassalleanischen Agitationen erregten Arbeitermassen in Bewegung zu setzen. Die Entscheidungsschlacht zwischen den beiden Richtungen sollte denn auch bald geschlagen werden.

Am 23. November 1867 langten die Statuten des Arbeiter-Bildungsvereines endlich genehmigt herab, nicht ohne daß die Behörde zugleich die Berücksichtigung eines von der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer ausgearbeiteten Gutachtens angeordnet hätte, eines Gutachtens, dessen Befolgung einer vollständigen Auslieferung des Vereines an die Arbeitgeber gleichgekommen wäre.

Noch am 1. Dezember hatten die beiden Apostel des Schulze-Dehligianismus Dr. Max Menger und Engelbert Kessler im „Univerfum“ bei der Taborlinie in einer großen Versammlung mit großem Erfolg die Lehren ihres Meisters und die Bildung eines Zentralvereines für Arbeiter in dessen Sinne verfochten.

Dem Minister Taaffe wurde übermäßig Weibrauch gestreut, aber die Frage der politischen Rechte für das Volk ängstlich umgangen. „Unter donnernden Hocks! auf Se. Majestät den Kaiser, die Minister, den Reichsrat, den ungarischen Landtag, den ungarischen Klerus,* die Journalistik, auf die Arbeiter aller Nationen, auf Schulze-Delitzsch ging die Versammlung auseinander!“

Als nunmehr das Gründungskomiteé des Bildungsvereines die Arbeiter Wiens durch einen Aufruf zu einer Versammlung im Hôtel „Zum blauen Bock“ einberief, erwies sich der Saal als zu klein und es mußte sofort eine zweite Versammlung zum Schwender für den 15. Dezember einberufen werden, in der denn auch bei 3000 Personen erschienen.

Hier empfing nun die Selbsthilferei den ersten empfindlichen Stoß. Zum ersten Male wurde das Lassalle'sche Programm durch Hartung in glänzender Rede entwickelt. Die Zuhörer jubelten begeistertem Beifall und an 1000 Arbeiter zeichneten sich sofort als Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereines ein.

Der endgiltige Bruch mit dem Schulzeanismus erfolgte jedoch erst am 12. Jänner 1868. In einer von mehr als 4000 Personen besuchten Volksversammlung standen sich Selbsthilfler und Staatshilfler Aug' in Auge gegenüber. Der mehrere Stunden währende Kampf endete mit einer vollständigen Niederlage der Anhänger Schulze-Delitzsch' und die Versammlung beschloß beinahe einstimmig den Anschluß an den Bildungsverein. Wenige Tage darauf langten Zustimmungstelegramme von auswärtigen Organisationen ein.**

Die Selbsthilfler gründeten nun zwar einen Zentralverein für die arbeitenden Klassen „Selbsthilfe,“ einen reinen Kranken- und Unterstützungsverein, aber seine Tätigkeit blieb für die Entwicklung der Bewegung bedeutungslos; er existirt aber noch heute als — Kranken- und Leichenverein im X. Bezirke.

2. Die Zeit der sozialpolitischen Tätigkeit.

Die Gründung des Arbeiter-Bildungsvereines kann somit mit Fug und Recht der Beginn der Bewegung genannt werden. Es wäre jedoch falsch, zu glauben, daß mit den brausenden Hochrufen auf Lassalle auch schon das Verständniß für seine Lehre gekommen sei. Vor Allem war die Frage des Klassengegensatzes selbst den intelligenteren Führern der Bewegung, Oberwinder vielleicht ausgenommen, nicht geläufig. Erklärte doch Hartung, entschieden der gewandteste der damaligen Arbeiterredner, noch am 8. Arbeitertage (5. August 1868): „Unser natürlicher Bundesgenosse ist jener Teil des Bürgertums, der wie wir nach freierlicher Entwicklung der in ihm ruhenden Kräfte ringt“. Und tatsächlich war unter den Fittigen dieses demokratischen Teiles des Bürgertums, dessen Organ die „Vorstadt-Zeitung“ war, die Bewegung emporgekommen. Arbeiter und Demokraten konnten so lange Bundesgenossen sein, als es sich noch um nichts mehr als die gemein-

* Es war die Zeit des Konkordatsstreites.

** Von den Lassalleanern von Barmen-Elberfeld, vom Arbeitertag in Sierlohn (Schweizer) und von der Genfer Sektionsgruppe der Internationalen Arbeiter-Assoziation (F. B. Becker).

samen Forderungen handelte: Vereins- und Versammlungsfreiheit, Pressfreiheit, Religionsfreiheit, Schulfreiheit, allgemeines Wahlrecht.

Diese Verschwommenheit in der Auffassung von den Zielen der Bewegung ist nun angesichts der angegebenen Tatsachen begreiflich. Ihr entsprach das Programm des neuen Vereines. Nach demselben bezweckte er, „wie schon sein Name besagt, die geistige Ausbildung seiner Mitglieder. Er sucht diesen Zweck zu erreichen, indem er Fürsorge trägt, daß a) denjenigen seiner Mitglieder, welche ein Bedürfnis darnach empfinden, Unterricht in den Realfächern und Sprachen erteilt wird, b) wissenschaftliche Vorträge in leicht faßlicher Weise von kompetenten Männern gehalten werden, c) eine Bibliothek nützlicher Schriften angelegt wird und d) einige gute Tagesblätter, weil darin der Arbeiter öfters Aufschlüsse und Nachweise über den Arbeitsmarkt und sonstige Gewerbefragen erhält, im Vereinslokale offen liegen. Ferner: 1. Freie Besprechung der Tagesfragen, welche in Beziehung zur Arbeiterwelt stehen und eine soziale Tragweite haben. Die Politik als solche, namentlich die sogenannte „hohe Politik“, ist jedoch ausgeschlossen, wie überhaupt die Besprechungen rein gesellschaftlicher Natur und der Charakter des Vereines ein wesentlich sozialer sein muß. 2. Anstreben auf Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Klasse, sowie Ermöglichung der Herstellung von Produktivassoziationen nach dem Prinzip Lassalle's. 3. Beschäftigung mit der Aufklärung seiner Mitglieder über die ökonomischen Gesetze, welche sich auf die Erzeugung, Erhaltung und Konsumtion der Güter beziehen. 4. Aufnahme von Mitgliedern ohne Unterschied der Nation und Religion, wenn deren Lebenswandel seinem Rufe nicht nachtheilig ist. 5. Einführung einer Kranken- und Invalidenkasse zur Erleichterung der Not unglücklicher Vereinsmitglieder. 6. Bestreben mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zur Erlangung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes mit Diätenbezug. 7. Bedient sich der Verein des gesetzlichen Versammlungsrechtes und sucht die Arbeiter Wiens und Umgegend an sich zu ziehen, über seine Bestrebungen aufzuklären und seine Prinzipien in loyaler Weise zu verbreiten. 8. Nimmt derselbe Männer, die nach der gewöhnlichen Auffassungsweise nicht zu der arbeitenden Klasse gehören, als unterstützende Mitglieder und solche, die sich um den Verein Verdienste erwerben, als Ehren-Mitglieder auf.“

Außerdem erklärt es der Verein als seine Aufgabe*, die „staatlichen wie gesellschaftlichen Interessen“ zu fördern, „gleichzeitig aber auch zum Wohle des Arbeiterstandes“ beizutragen, und er ist stolz auf die Aussicht, daß es auf diesem Wege gelingen werde, „den Wettkampf mit der Industrie des Auslandes mit Ehren zu bestehen“!...

„Der Verein stärkt den Geist des freien Genossenschaftswesens, weckt den Sinn für Gleichberechtigung der Staatsbürger, für das allgemeine Wahlrecht und strebt die Bildung von Produktivgenossenschaften an mit Teilnahme am Arbeitsertrage...“

* Erster Jahresbericht des Arbeiter-Bildungsvereines 1869.

Die Begeisterung für Lassalle war somit noch völlig inhaltslos und angeichts dieses Lohwabohu von Forderungen konnte der Ausschuss allerdings mit Recht die naiv gemüthliche Folgerung aufstellen: „Ein solches Vereinsleben ist niemals eine Gefahr für die bezügliche Klasse, sondern im Gegentheil eine Bürgschaft für friedliches Zusammenleben.“

Gewiß! Und mit Behagen konnte daher der Jahresbericht eine Menge von Spenden seitens zahlreicher Großkapitalisten verzeichnen, ja „von Sr. kaiserlichen Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Albrecht erhielten wir die großmüthige Spende von 7 gußeisernen Defen u.“

Die Tätigkeit des Vereines unter dem ersten Obmann Mühlhauser entsprach denn auch diesem Programm, das auch von den wenigen Vorgeschrifteneren der Form halber unterschrieben war, um von der argwöhnischen Behörde ungestört die eigentliche Organisationsarbeit zu vollführen und es war ein Ausfluß dieses rührend patriarchalischen Einvernehmens zwischen den Arbeitern und den anderen Gesellschaftsschichten, als eine Deputation des Vereines der Reihe nach einige Erzherzoge und alle Minister (darunter Giskra und Beust) zum Vereinsballe einlud!

Am 6. Jänner 1868 wurde der Beschluß gefaßt, eine allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse zu gründen und eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Aufhebung des Zwanges bei den Genossenschafts-Krankenkassen und Selbstverwaltung derselben durch die Mitglieder zu richten. In kurzer Zeit war diese Petition mit 15.409 Unterschriften bedeckt und wurde am 5. Mai 1868 durch den Abgeordneten Dr. Groß überreicht.

Am 6. Juni begannen bereits die Einschreibungen in die neugegründete Kasse, Agitatoren bereisten die verschiedenen Städte, um Filialgründungen derselben zu Stande zu bringen und binnen Kurzem wuchs das Institut zu solcher Größe heran, daß seine Verwaltung im Rahmen des Vereines unmöglich wurde und es im Jahre 1870 als selbstständiger Körper in die Welt trat, um sich von da an bis zum heutigen Tage immer mächtiger herauszubilden.

Eine zweite Schöpfung des Bildungsvereines war die Arbeitsvermittlung, die sich ebenfalls später löste. Auch die Bildung eines Spar- und Bekleidungsvereines wurde beschloffen u. s. w.

Der Verein hatte indessen an seinem eigenen Ausbau gearbeitet. Die Statuten wurden entsprechend dem neuen Vereinsgesetze vom 15. November 1867 geändert und enthielten nunmehr das Recht zur Gründung von Lesezimmern. Solche wurden auch nach vielfachen behördlichen Hirselaugereien der Reihe nach in Penzing, Ottakring, Floridsdorf, Schwedat, Fünfhaus, Meidling, Simmering, Leopoldstadt, Wieden, Alsergrund und am Neubau errichtet. Auch der Gedanke eines Verbandes aller Arbeitervereine griff schon damals Platz. So lautet der § 25 der neuen Statuten:

„Der Arbeiter-Bildungsverein in Wien tritt mit auf ähnlichen oder gleichen Prinzipien fußenden Vereinen in Verbindung, er behält sich das Anstreben eines Verbandes der Arbeitervereine vor. . . .“

Es gelang auch dem auf der Wieden anässigen Arbeitervereine „Germania“, eine allwöchentliche Delegirtenversammlung aller Wiener Arbeitervereine zu Stande zu bringen, doch wurde diese bald von der Polizei aufgelöst. Der Arbeiter-Bildungsverein suchte jedoch dem Gedanken der Vereinigung dadurch Rechnung zu tragen, daß er eine „Gewerkschaftssektion“ errichtete, in der die Delegirten der verschiedenen Berufsweige saßen.

Der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, von der es noch in allen Tonarten säufelte, entsprach die Aufforderung der niederösterreichischen Handelskammer an den Verein, sich über wünschenswerte Aenderungen des Gewerbegesetzes vom 20. Dezember 1859 zu äußern und der Verein empfahl hierauf in seiner denkwürdigen Antwort „folgende Punkte zur Berücksichtigung“:

I. Regelung der Arbeitszeit; als Normalmaß dürfte bei der derzeitigen, durch Einführung der vielen Hilfsmaschinen bewirkten Intensität der Arbeit eine 10stündige Arbeitsdauer vollkommen genügen.

II. Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken; insbesondere sollte als geringstes Alter zur Arbeitszulassung bei den Unerwachsenen das vollendete 14. Jahr aufgestellt werden.

III. Möglichste Beschränkung der Nachtarbeit.

IV. Gewährung des Koalitionsrechtes.

V. Einführung von Arbeiterkammern, welche die zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sich ergebenden Differenzen, insbesondere aus Anlaß des sachlichen Verhältnisses der Arbeit zu schlichten haben. Diese Arbeiterkammern sollen aus beiderseitig in gleicher Anzahl gewählten Vertretern zusammengesetzt sein.

VI. Vollkommen freies Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in ihren eigenen Angelegenheiten, insbesondere Zuweisung und Selbstbestimmung der Verwaltung der ihnen bis jetzt entzogenen Krankenkassen.

VII. Aufstellung von eigenen Fabrikinspektoren, welchen es obliegt, die Ausführung der erlassenen Gewerbe- und Fabriksordnungen zu überwachen. Dieselben haben jedes Halbjahr Rapporte zu veröffentlichen, worin sie über ihre Wirksamkeit Bericht erstatten und Vorschläge machen sollen über ihre Beobachtungen, betreffend: 1. Lohnverhältnis und Lohnhöhe; 2. Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse; 3. Arbeitsmarkt und Arbeitsstockung; 4. Gesundheitsverhältnisse in Rücksicht auf die verschiedenen Berufsarten, die Arbeitslokale und Wohnungen der Arbeiter.

In den Bereich dieser, von den Behörden damals noch gebilligten sozialpolitischen Thätigkeit gehörte auch die, am 17. Jänner 1869 eingereichte Petition an das Abgeordnetenhaus um Gewährung des Koalitionsrechtes und eines freien Genossenschaftsgesetzes. Einer Deputation des Bildungsvereines hatte der Minister v. Plener, der Vater des jetzigen liberalen Führers, geraten, die Arbeiter sollten vor Allem das Koalitionsrecht anstreben. In unzähligen Volksversammlungen wurde diesem Wunsche Ausdruck verliehen. Der Abgeordnete Dr. Koser brachte im Parlamente eine diesbezügliche Vorlage ein. Sogar der klerikale Abgeordnete Greuter unterstützte dieselbe. Aber das hierauf gegebene „Koalitionsrecht“ sah

wiederrn so „liberal“ aus, daß in einer Menge von neuerlichen Versammlungen dagegen heftig protestirt werden mußte.

Indessen griff im Innern des Vereines der Lassaletuktus immer mehr um sich und fand seinen Ausdruck in einer, am 29. August 1868 abgehaltenen, mit einer Fahnenweihe verbundenen Totenfeier, bei der außer Hartung und Blazincic, auch noch ein Mitglied der Studentenverbindung „Olympia“ sprach und ewiges Zusammenhalten mit der Arbeiterpartei zuschwor. Damals wurde auch das „Lied der Arbeit“ von Josef Scheu (Text von F. F. Papf) zum erstenmale unter begeistertem Beifalle der Arbeiter gesungen.

Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit feierte ihren größten Triumph in der vom Bildungsvereine veranstalteten „Arbeiter-Industrie-Ausstellung“ im Jahre 1869. Sie war die dritte ihrer Art in Wien und nach dem Muster der Londoner „Industrie-Ausstellungen der arbeitenden Klassen“ durch Dr. Karl Helm, Nikola und Lobmayr nach Oesterreich verpflanzt worden und fand im Gegensaße zu den anderen Lebensäußerungen der aufwachenden Arbeiterchaft die lebhafteste Zustimmung des manchesterlichen Bürgertums. Begreiflich. Die Freunde des „freien Spiels der Kräfte“, bei welchem die weitaus überwiegende ökonomische Macht der kapitalistisch produzierenden Bourgeoisie, durch staatliche Geetze absolut nicht beschränkt, offenbar einen ausschweifenden Gebrauch von den ihr wehrlos ausgelieferten Arbeitskräften machen konnte, erblickten in der Arbeiter-Industrie-Ausstellung eine willkommenene Gelegenheit zur Förderung des höchsten volkswirtschaftlichen Prinzips, das ist „Anspornung der Tätigkeit und des Schaffensvermögens jedes Einzelnen“, wie sich der Kaffeesieder Herr Nikola, Gemeinderat von Wien und nachmaliger Landesauschuß von Niederösterreich, bei der Preisverteilung ausdrückte. Während also die Ausstellung für die Unternehmer ein Mittel war, den Ausbeutungs-Koeffizienten der Arbeitskraft zu vergrößern, war sie auf der anderen Seite dem erwachenden Proletariat wegen der Gelegenheit sympathisch, seine eigene Kraft zeigen und beweisen zu können, daß die Arbeit es sei, die Werte schaffe. Eine organisirte Arbeiterchaft hätte kräftigere Mittel gefunden, dies zu demonstrieren, die vom Nebel freiheitlicher Schlagworte und der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit umfangenen Bildungsvereiner aber konnten sich nur zu einer Arbeiter-Industrie-Ausstellung aufschwingen.

Schon am 15. März 1868 war ihre Veranstaltung in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen worden und nur zwei Monate später, nachdem der Verein auch beschlossen hatte, sich im Vereine mit einigen Großindustriellen an der Gründung eines Gewerbemuseums zu betheiligen, um „dem Kleingewerbebestande und besonders dem Arbeiter“ aufzuhelfen, wurde die Abhaltung der Ausstellung schon bewilligt. Dieselbe Versammlung hatte aber die Gründung eines Vereinsorgans und eines Rechtsschutzvereines abgelehnt.

Die am 31. September 1869 erfolgende Eröffnung der Industrieausstellung bot nun tatsächlich das rührende Bild eines solchen „friedlichen Zusammenlebens“. Statt des Handelsministers, an den man sich mit der Bitte um Eröffnung gewendet hatte, war zwar nur der Statthalter K. v. Weber erschienen. Nach Abfingen der

Kantate „Die Arbeit“ von A. und J. Scheu begrüßte der Obmann des Ausstellungs-Komités, Blažincic, den Statthalter mit einer Ansprache, deren Schluß lautete: „ . . . wir wollen unseren höchsten Lohn darin finden, sowol den ausstellenden Arbeitern, als auch den verehrten Besuchern Befriedigendes geboten zu haben“, worauf der Statthalter fand, daß die Arbeit geeignet sei, den Arbeiter zum selbstständigen Gewerbsmann oder Künstler zu machen, ihm Besitz und Wohlstand zu gewähren, ihn in die Möglichkeit zu versetzen, eine Familie zu gründen. „Wenn auch der Weg der Arbeit ein rauher ist, so wird er doch unter steter Anwendung des Fleißes, der Ausdauer und der Legalität zum Ziele führen.“ Für dies Alles versprach der Statthalter den Arbeitern bloß den kärglichen Lohn der „Anerkennung der Patrioten!“

Die Ausstellung hatte übrigens einen glänzenden Erfolg, vor Allem in finanzieller Hinsicht. Ihr Reinertrag belief sich auf 4373 fl. 27 kr. Dieser Betrag wurde natürlich nicht zur Agitation verwendet, sondern zum Teil dem Bildungsvereine gegeben, zum größten Teil aber als Fonds für die nächste Ausstellung angelegt! Freilich hatten hiezu mehr als die Hälfte die Spenden der Gewerbekammern und der haute finance beigetragen.

Unter solchen Umständen war es auch nicht merkwürdig, daß der Verein zur Enquête-Kommission der österreichischen Baugesellschaft zur Beratung über Herstellung von Arbeiterwohnungen 5 Delegirte und über Einladung der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer zur Beratung eines Gesetzesentwurfes behufs Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern 4 Delegirte entsenden konnte.

3. Die erste Auflösung und die zweite Neugründung.

Dieses Zusammenleben war demnach tatsächlich das denkbar friedlichste von der Welt. Aber es sollte nicht mehr zu lange dauern. Und die es störte, war — die Behörde.

Mit Erlaß vom 27. Juli 1870 erklärte die Statthalterei den Verein für aufgelöst.

Zur Erläuterung der Geschichte dieser Auflösung sind wir genötigt, auf die Anfänge der Bewegung zurückzugreifen. Die ersten Regungen der Arbeiterschaft im Jahre 1865 wurden von den Liberalen und ihrer Presse mit Spott, Hohn und Verachtung aufgenommen. Insbesondere war es die „Neue Freie Presse“, damals ministerielles Organ, die die Bewegung oder mindestens jede natürliche Ursache für sie einfach leugnete, und sie als „von einem Aftergotte beliebt“ hinstellte. Die „dummpfiffigen“ Arbeiter, schimpfte das Weltblatt, wüßten nicht, was sie wollten, denn in Wien sei die Nachfrage nach Arbeit noch immer größer als das Angebot*, es bestimmen also nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter

* Das edle Blatt lag bewußt, denn wenige Wochen vorher hatten 10.000 arbeitslose Bauarbeiter vor der Polizeidirektion um Arbeit demonstriert, und einige Tage später veranstalteten die Nordbahnarbeiter eine Riesenversammlung zur Verbesserung ihrer Lage, insbesondere zur Erhöhung der Löhne.

die Höhe des Lohnes (s. Anmerkung). Ebenso erfreuten sich die liberalen Minister einer lächerlichen Unwissenheit in einschlägigen Fragen und erklärten die soziale Frage als ein leeres Schlagwort.*

Um so unangenehmer war ihr Erstaunen, als die Bewegung mit Riesenschritten vorwärts ging, als am 30. August 1868 auf dem 9. Arbeitertage plötzlich von einer sozialdemokratischen Partei die Rede war, die sogar ein eigenes Programm aufstellte, ein Programm, mit dem die Behörden auch nichts weiter anzufangen wußten, als es zu konfiszieren. Das hinderte aber nicht, daß eine Anzahl von Arbeitervereinen entstand, daß z. B. in Niederösterreich allein gegen Anfang 1870 57 „reine“ Arbeitervereine existierten, wovon nur 14 selbsthilfsföhrerische Produktivgenossenschaften und die übrigen Bildungs- und Fachvereine waren** und daß insbesondere der Arbeiter-Bildungsverein in Wien um diese Zeit gegen 6000 (!) Mitglieder zählte. Der „sozialdemokratische Verein in Wiener-Neustadt“ wurde unter der Hegide des Schlagwortes „staatsgeföhrlich“ aufgelöst, und der liberale Minister Giskra erließ sofort sein beröchtigtes, gegen die Bestrebungen der Partei gerichtetes Rundschreiben an die Landeschefs, in welchem die Auflösung des Neustädter Vereines mit folgenden Worten begleitet wurde:

„Diese Entscheidung ist unter meiner Billigung erlossen, und ich teile dieselbe zu dem Behufe mit, um Cuer in die Lage zu versetzen, im Falle ähnlicher dortlands auftauchender Vereinsbestrebungen nach denselben Grundsätzen vorgehen zu können.“

Jetzt wurde es auch den anderen bürgerlichen Freunden der Arbeiter etwas chwül und auch ihre ehemalige großmütterliche Beschöhrerin, die „Vorstadt-Zeitung“, begann als Eröffnung ihrer Loslösung eine läppiich lavirende Haltung einzunehmen, indem sie es vor Allem bitter beklagte, daß sich die Arbeiter auf eigene Füße zu stellen unternommen hatten. Nun wurde die Verfolgung der Sozialdemokratie Mode. Eine Vereinsauflösung folgte auf die andere; sobald in einer Versammlung das Wort „sozial“ ausgesprochen wurde, wurde sie augenblicklich aufgelöst***, und der Reihe nach wurden die Föhrer verhaftet. Als nun gar am 13. Dezember 1869 am Paradeplatz 20.000 Arbeiter aufmarschirten,

* Zu einer Deputation des Arbeiter-Bildungsvereines sagte der Minister des Innern, Dr. Giskra: „Ja, die soziale Frage, das ist auch so ein Schlagwort, welches die Leute wie das Wort „Freiheit“ immer im Munde föhren und nicht wissen, was es heißt“. „Wol, Erzellenz“, antwortete Bruchaver, ein Mitglied der Deputation, „Viele mögen nicht wissen, was es heißt, die soziale Frage, aber Alle empfinden es“. Bekannt ist übrigens das geflügelte Wort desselben Ministers: „Die soziale Frage hört bei Bodenbach auf“.

** Dest. Zeitsch. f. Verwaltung, 1870.

*** Auch des Humors entbehrten diese Vorgänge nicht. Der Wiener Polizeidirektor Lemonnier verbot die Besprechung sozialdemokratischer Forderungen und gestattete nur solche demokratischer Forderungen, weil er eine sozialdemokratische Partei nicht kenne. Da ließ der Vorsichende die Versammlung abstimmen, ob sie zur sozialdemokratischen Partei gehöre, und erst als sich bei 3000 Stimmen dafür erhoben, versprach er, nunmehr dem Herrn Polizeidirektor die Existenz einer solchen zu vermelden.

um friedlich zu Gunsten des Koalitions- und allgemeinen Wahlrechtes und der Pressfreiheit zu demonstrieren, da sagte der Minister Taaffe zur Arbeiterdeputation: „Was Sie da machen, ist die Revolution!“ 14 Führer wurden verhaftet und im „Hochverratsprozess“ zusammen zu 24 Jahren und 7 Monaten verurteilt, ungerechnet die monatelange Untersuchungshaft. Als der „Volkswille“ eine deutsche Journalstimme zitierte, welche konstatierte, daß über dieses Urteil „ein Schrei des Entsetzens durch die ganze zivilisierte Welt“ gegangen war, wurde er von der wider ihn erhobenen Anklage freigesprochen. Gewiß ist, daß im Arbeiter-Bildungsvereine die unendlich überwiegende Zahl der Mitglieder Sozialdemokraten war. Aber die Behörden wußten nichts, als den Verein aufzulösen, eine im Hinblick auf den Zweck vergebliche Maßregel.

Das Auflösungsdekret enthielt keine Begründung. Der Deputation, die sich sofort zur Statthalterei zur Anhörung der Gründe begab, erklärte der Statthaltereileiter Rutschera, der Arbeiter-Bildungsverein habe den § 24 B. G. verletzt, indem er Gegenstände in den Bereich seiner Beratungen gezogen hatte, welche seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschreiten. (Diese „Ueberschreitung“ war aber größtenteils im Einvernehmen mit Behörden, wie der Handelskammer, geschehen*.) Zudem habe der Hochverratsprozess die staatsgefährliche Tendenz des Vereines klargelegt. „Die Regierung wisse die Nützlichkeit der Arbeitervereine wol zu würdigen, nur hätte sie dafür zu sorgen, daß dieselben keine falschen Bahnen einschlagen“.

An die Auflösung schloß sich eine Durchsuchung der Kellerlokalitäten, wo die Polizei Waffen vermutete.

Der Hochverratsprozess und das Eisenacher Programm, auf welche sich in ihrer nachfolgenden schriftlichen Begründung der Auflösung die Statthalterei berief, hatten tatsächlich mit dem Vereine als solchem nichts zu thun. War auch der Verein als Sammelpunkt der Arbeiter die Hauptstütze der Partei, so war es gerade nur die außerhalb seines Rahmens erfolgte Agitation durch Oberwinder, Hartung, A. Scheu u. s. w., welche die Partei und damit auch den Verein großzog. Die Behauptung, daß der Hochverratsprozess die staatsgefährliche Tendenz des Vereines dargelegt habe, war einfach erlogen, derselbe hatte nichts bewiesen, als daß die angeblichen Hochverräter auch Mitglieder des Vereines waren. Ja, im Gegenteil. Von unbekannter Seite war während des Hochverratsprozesses ein Plakat öffentlich angeschlagen worden, welches die Arbeiter zu Massendemon-

* Die niederösterreichische Handelskammer hatte denn auch den für ein liberales Institut beispiellosen Muth, in einem Berichte über die Arbeiterfrage über die Auflösungen zu sagen: „Eine bedauerliche Wendung hat die Arbeiterfrage in letzter Zeit genommen, indem sie zur Auflösung sämmtlicher Arbeitervereine Niederösterreichs führte. Wenn die Kammer auch weit entfernt ist, strafwürdige politische Tendenzen, insoferne solche bei einzelnen Angehörigen des Arbeiterstandes gerichtlich konstatiert wurden, in Schutz nehmen zu wollen, so scheint ihr doch die allgemeine Verurteilung und Auflösung der Arbeitervereine, welche die Arbeiter mundtot macht, eine zu weitgehende Maßregel zu sein!“

strationen beim Hochverratsprozeß aufforderte. Da erließ der Ausschuis des Bildungsvereines einen Aufruf, in dem er energisch davon abriet, und in welchem es u. A. hieß:

„. . . Wir erjuchen Euch daher, im Interesse Aller diesem Aufrufe, welcher nur von Gegnern und Feinden unserer heiligen Sache herrühren kann, nicht Folge zu leisten“.*

Die Besichtigung des Kongresses von Eisenach durch Oberwinder und A. Scheu war nicht im Bildungsvereine, sondern in einer am 25. Juli 1869 stattgehabten großen Volksversammlung beschlossen worden, in welcher Liebknecht eine zur Besichtigung begeistert auffordernde Rede gehalten hatte. Der Verein als solcher bewegte sich noch zu sehr im Fahrwasser der schönsten „Harmonie“, wie seine Jahresberichte beweisen. Die Auflösung war also eines jener Polzeimittel, die regelmäßig einen Schlag in's Wasser bedeuten, aber nie den treffen, der gemeint ist, in diesem Falle die Bewegung.

Die Aufregung unter den Arbeitern war denn auch eine ungeheure, umso mehr, als gleichzeitig in Wien nicht weniger als 26 Fachvereine aufgelöst wurden. Eine furchtbare Empörung bemächtigte sich der schon durch den Ausgang des Hochverratsprozesses in ihrem Rechtsgeföhle beleidigten Arbeiter, in Haufen rotteten sie sich vor dem gesperrten Vereinslokale, Einlaß verlangend, zusammen. Drei Tage hindurch erneuerten sich die Massenansammlungen in der Magdalenenstraße und den anstoßenden Gassen, trotz Aufgebot von Sicherheitswache und Militär, und erst, als die Statthalterei erklärt hatte, daß der Konstituierung eines neuen Vereines nichts im Wege stehe und über Verlangen der Führer Militär und Polizei zurückgezogen waren, trat Ruhe ein.

Aber dem Ministerium genügte der Erfolg der bisherigen Helbentaten** nicht. Nach Wien kam das ganze übrige Reich daran, und unbekümmert um die überall, am stärksten in Graz, ausbrechenden Unruhen wurden alle Arbeitervereine der Reihe nach aufgelöst. Den Ministerpräsidenten Taaffe ließen die Lorbeeren Giskra's nicht ruhen, und er versandte nun auch seinerseits ein Rundschreiben an alle Landeschefs, in welchem denselben aufgetragen wurde, alle Vereine, die ihren Wirkungskreis angeblich überschreiten, aufzulösen und die Bildung neuer, bei denen Ähnliches zu erwarten wäre, zu untersagen und worin es unter Anderem recht bezeichnend für den Begriff liberaler Gleichberechtigung lautete:

„Von dieser Behandlung sind selbstverständlich ausgenommen die auf dem Prinzipie der Selbsthilfe (!) gegründeten Kranken-, Unterstützungs-, Pensions-, Vorschuß- und Konsumvereine u. dgl. und solche Arbeitervereine, welche jede

* „Vorstadt-Zeitung“, 30. Juni 1870.

** Wie blind die Auflösungsmit der Statthalterei war, geht daraus hervor, daß unter den aufgelösten Vereinen sich auch einer befand, der erst 3 Tage vorher bewilligt worden war und sich noch gar nicht konstituiert hatte, also auch noch unmöglich etwas Staatsgefährliches begangen haben konnte.

politische Agitation in ihren Statuten ausdrücklich ausschließen* ihrem Wesen nach den eigentlichen Bedürfnissen der Arbeiter entsprechen und daher auch seitens der Behörden in jeder Richtung tunlichst zu fördern sind."

Ebenso wurde ein Erlass hinausgegeben, wonach alle Volksversammlungen in denen Unruhe herrsche, aufgelöst werden sollten. Sehr richtig bemerkte dazu ein Wiener Journal, daß das „nicht gegen die Lärmacher, sondern gegen die Volksversammlungen“ gerichtet sei.

Die Leiter des aufgelösten Arbeiter-Bildungsvereines hatten sofort einen neuen Statutenentwurf eingereicht, dessen Bewilligung jedoch mit nichtsagenden Gründen, z. B. daß auch „geschichtliche Vorträge und diesbezügliche Lehrstunden in das Gebiet der Politik eingreifen können“ und der Verein, weil eventuell auch über Politik gesprochen werden könnte, ein politischer sei, zurückgewiesen. Die geänderten Statuten wurden wiederum, mit gleich windiger Motivierung, abgelehnt.

Endlich am 30. Oktober 1870 wurden die das drittemal eingereichten Statuten zur Kenntnis genommen.

Gleichzeitig wurde aber ein Refurs gegen die Auflösung an das Ministerium des Innern geleitet, der in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert ist, und den wir daher hier mitteilen:

Hohes k. k. Ministerium des Innern!

Entschlossen, kein gesetzliches Mittel unverjucht zu lassen, um die Existenz des Arbeiter-Bildungsvereines in Wien zu retten, wenden wir uns an dieses hohe Ministerium, indem wir hiermit gegen das von der niederösterreichischen Statthalterei erlassene Auflösungskenntniß die Berufung einlegen.

Unter dem Drucke der bekannt gewordenen Emanationen und der Hoffnung, tief eingewurzelte, wenn auch irrige Ansichten zu widerlegen, werden wir uns auf wenige Worte, auf die Konstatirung einiger entscheidender Thatsachen beschränken. Die Begründung des Auflösungskenntnisses leidet vorzugsweise an zwei Gebrechen. Dieselbe führt vor Allem kein einziges positives Moment an und enthält kein einziges erwiesenes Faktum, welches gesetzlich Veranlassung zur Auflösung eines Vereines bieten könnte. Behauptungen, wie: „Der Verein habe seinen statutenmäßigen Wirkungskreis durch die Ausdehnung der Vereinstätigkeit auf das Gebiet der Politik nur allzuhäufig überschritten“, sind wol zur Begründung eines solchen Auflösungskenntnisses unzureichend und auch die allgemeine Hinweisung auf angeblich in Vereinsversammlungen gehaltenen Reden ohne nähere Angabe der Zeit, des Ortes, der Redner und des Inhaltes der Vorträge ist nicht genügend.

Schon die Zusammenfassung aller, auf Grund des Gesetzes vom 15. November 1867 unter verschiedenen Benennungen entstandenen Arbeiter- und Arbeiter-Bildungsvereine und der verschiedenen Fachvereine der gewerblichen Hilfsarbeiter und die Gleichartigkeit der Behandlung Aller macht eine Spezialisirung der den einzelnen Vereinen treffenden Anklagen unmöglich und bedingt eine so unklare Motivirung, wie sie eben von der hohen Statthalterei nahezu gleichlautend allen derartigen Vereinen zukam. Dies kann nun aber im

* Diese Selbstunterbindung hatten alle aufgelösten Arbeitervereine in ihre Statuten ohnehin aufgenommen.

Sinne und im Geiste des Gesetzes, durch welches liberale Grundzüge für das Vereinsleben aufgestellt werden sollten, nicht gelegen sein. Der Artikel 12 des Staats-Grundgesetzes vom 21. Dezember 1867 gewährt den Staatsbürgern das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Dies Recht würde aber geradezu illusorisch gemacht, wenn es dem Belieben der Verwaltungsbehörden überlassen wäre, Vereine unter der allgemeinen Angabe, daß sie den Bedingungen ihres rechtlichen Bestandes nicht mehr entsprechen, aufzulösen. Das Vereinsgesetz enthält allerdings eine diesem Wortlaute entsprechende Bestimmung, ohne jedoch dem Belieben freien Spielraum zu eröffnen, sondern unter der Voraussetzung, daß ein strenger Nachweis für den Eintritt dieser gesetzlich normirten Auflösungsbedingung vorliegt.

Wir erklären nun hiermit den ohne jeden bestimmten Anhaltspunkt hingestellten Angaben der hohen Statthalterei gegenüber auf das Bestimmteste, daß der Arbeiter-Bildungsverein seinen statutenmäßigen Wirkungsbereich niemals überschritten hat, und sind bereit, den Nachweis zu führen hierfür, durch die Protokolle der Sitzungen, durch die Jahresberichte, sowie durch eine umständliche Darlegung seines ganzen Wirkungsbereiches.

Das zweite Gebrechen, an dem die Begründung leidet, besteht nun aber darin, daß die Tätigkeit einzelner Personen, die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereines sind, diesem Vereine untergehoben wird, auch wenn diese Privattätigkeit mit der Vereinstätigkeit in gar keiner Verbindung steht, und daß überdies unbegreiflicher Weise und vollkommen unmotivirt der Arbeiter-Bildungsverein mit einer sozialdemokratischen Partei, welche sich zum Eisenacher Programm bekennt, verwechselt und identifizirt wird.

Die Reden, welche einzelne, und seien es auch hervorragendste Mitglieder des Vereines, in öffentlichen Versammlungen halten, kümmern den Verein nicht. Im Vereine selbst, sowie in den Versammlungen des Arbeiter-Bildungsvereines wurde keine Politik getrieben, der Verein als solcher hat sich mit politischen Fragen nicht beschäftigt, publizistische Vereinsorgane existiren nicht, der Arbeiter-Bildungsverein ist an keinen Journalen beteiligt und die politische Agitation liegt ihm ferne. — — — — —

Der Arbeiter-Bildungsverein oder dessen gesetzlich anerkannte Vertreter standen nicht vor den Schranken des Wiener Landesgerichtes, ihnen wurde kein Prozeß gemacht und konnte keiner gemacht werden, weil auch nicht der geringste Anhaltspunkt vorliegt zu der Behauptung, daß er der Eisenacher Partei angehöre oder die Prinzipien derselben durch seine Vereinstätigkeit gefördert oder verbreitet habe. Wenn einige jener Personen, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, auch Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereines waren, so werden doch dadurch die Bedingungen des rechtlichen Bestandes des letzteren nicht alterirt, da ein Verein weder für die Gesinnungen seiner Mitglieder, noch für die Tätigkeit derselben außerhalb des Vereines einstehen kann.

Der Arbeiter-Bildungsverein in Wien ist sich bewußt, das schöne und edle Ziel, welches er sich vorgesteckt hatte, in gesetzlich zulässiger Weise angestrebt und soweit es in der kurzen Zeit seines Bestandes möglich war, auch erreicht zu haben, indem er Alles aufbot, um die Intelligenz des Arbeiterstandes zu heben, in dem Arbeiterstande das notwendige ernste Streben, Sinn und Verständnis für Höheres zu wecken und zu nähren, auf daß er mit der höheren Intelligenz des Arbeiterstandes auch den qualitativen Wert der Arbeitskräfte des Volkes steigere, das Selbstbewußtsein des Arbeiterstandes sich hebe und auf diesem Wege die Konkurrenz mit der Industrie des Auslandes jederzeit mit Ehren bestanden werden könne. Der Verein hatte die Bildung und geistige Erziehung des Arbeiters, aber auch die Bewahrung desselben vor drückender Not, in den Tagen der Krankheit und Erwerbsunfähigkeit durch Gründung einer Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse zu seiner Aufgabe gewählt. Er hat Fürsorge getragen für den Unterricht in den Elementar- und Realfächern, Sprachen zc., es wurden wissenschaftliche Vorträge gehalten, eine Bibliothek

nützlicher Schriften gesammelt und den Arbeitern auch Gelegenheit geboten, sich Aufschlüsse und Nachweise über den Arbeitsmarkt und sonstige Gewerbefragen zu verschaffen.

Auf welche Weise Alles dies in's Leben gerufen und durchgeführt wurde, dafür bieten die Protokolle des Vereines, welche den Behörden nicht unbekannt sind, sichere Anhaltspunkte.

Alles dies wurde nun begraben, die edlen Keime wurden in der Entfaltung geknickt und die Arbeiterklasse in jenen Zustand zurückgeschleudert, dessen Beseitigung wir mit Anspannung aller unserer Kräfte anstrebten, und dies ist geschehen unter Verletzung der den Staatsbürgern gewährleisteten Grundrechte und des Versammlungsgesetzes und infolge einer gewiß, wenigstens unserer Ansicht nach, unstichhaltigen Verwechslung der Tätigkeit Einzelner und des Wirkens einer Partei mit der Tätigkeit des Vereines selbst.

Der Rekurs langte am 22. Dezember unbewilligt zurück.

Wiederum wurde nun rege agitirt; fünf große Versammlungen wurden nacheinander in verschiedenen Bezirken Wiens abgehalten, bis endlich am 13. November 1870 die neu konstituierende Versammlung stattfand, welche von mehr als 2000 Personen besucht, ernst und würdig verlief. Von den Fortschritten, die seither in der Arbeiterorganisation in Oesterreich gemacht worden waren, gaben die Zustimmungstelegramme aus Wr.-Neustadt, Korneuburg, Gloggnitz, Bruck a. d. Mur, Linz, Graz, Salzburg, Marburg, Brünn und Pest Zeugnis. Auch Bebel begrüßte die Versammlung von Leipzig aus.

Sofort begann auch der Verein sich in dem früheren Umfang zu organisiren und es wurden im II., III., V., VII., IX. Bezirke und in den Vororten Fünfhaus, Meidling, Lerchenfeld und Simmering Lesezimmer errichtet. Auch teilte sich nunmehr der Ausschuss zur geregelten Verwaltung der Geschäfte in 8 Sektionen.

Eine Vereinsgründung aus dieser Zeit ist bemerkenswert. Es ist dies die Gründung eines Arbeiterinnen-Bildungsvereines, ein deutlicher Hinweis auf die rasche ökonomische Entwicklung. Freilich waren es vorerst nur Handarbeiterinnen, die einbezogen wurden. Die Blumenmacherinnen und Manufakturarbeiterinnen, unter der Führung der Moseberg, hatten in Versammlungen beschlossen, „die soziale Idee hoch zu halten“ und einen Frauenbildungsverein zu gründen. Nunmehr gestattete der Ausschuss des Bildungsvereines den „arbeitenden Bürgerinnen“, an allen seinen Unterrichten unentgeltlich teilzunehmen.

Da jedoch diese Vereinsgründung mehr eine Sache des auflockernden Gefühls in der Zeit der Massengründungen von Vereinen und eine feste, haltbare Frauenorganisation noch lange nicht da war, so ging der Frauenverein nach etwa zweijähriger Dauer zu Grunde.

Eine zweite Leistung war die Gründung des „Industrie-Ausstellungsvereines“, der aus dem Vereinskomité hervorgegangen war und die Ausstellungen nunmehr selbstständig veranstaltete.

Der Polizei war jedoch diese ruhige organisatorische Tätigkeit des Vereines ein Dorn im Auge. Jeder Vereinsabend, jede Monatsversammlung, jedes Fest wurde scharf überwacht und als am 1. Jänner 1871 bei einem Feste in Jobel's Bierhalle einige begeisterte Reden auf Lassalle und die Sozialdemokratie gehalten wurden, erhielt der Verein sofort folgende Verwarnung zugestellt:

Die Wahrnehmungen über das Verhalten des Arbeiter-Bildungsvereines in letzterer Zeit liefern den Beweis, daß dieser Verein, über seine eigentliche Bestimmung, welche sein Name ausdrückt, hinausgehend, Tendenzen verfolgt, welche seinen Fortbestand gefährden. Insbesondere haben die Ausschreitungen und Kundgebungen bei dem am 1. d. M. in Jobel's Bierhalle abgehaltenen, von dem Arbeiter-Bildungsvereine veranstalteten Arbeiterfeste obige Ansicht bekräftigt und hohen Ortes die Ueberzeugung wachgerufen, daß es an der Zeit sei, den Arbeiter-Bildungsverein zu warnen, auf der betretenen Bahn fortzuwandeln, welche nicht nur dem Bildungszwecke, den der Verein gegenüber der arbeitenden Klasse anzustreben sich zur alleinigen Aufgabe machen sollte, sondern auch den gesetzlichen Anforderungen entgegen ist.

Ich erteile sonach über hohen Auftrag des Herrn Statthalters vom 17. I. M., Nr. 200/pr., diese Warnung und erjuche Euer Wohlgeboren, dieselbe dem Vereine bekannt zu geben.

Wien, am 25. Jänner 1871.

Von der k. k. Polizei-Direktion.

Als weiter der Verein seinen Zweck, die geistigen Interessen seiner Mitglieder zu fördern, auch auf die Wahrung der materiellen Interessen derselben ausdehnen wollte, wurde die diesbezügliche Statutenänderung als „gesetzwidrig und staatsgefährlich“ (!) unbewilligt zurückgewiesen, angeblich aus dem Grunde, weil dabei der Ausschluß der Politik nicht ausdrücklich betont worden war, während dies doch im Vereinsstatute selbst mehrmals ohnehin der Fall war.

Auch verlangte die Polizei ein Verzeichnis aller in den Vereinslokalen aufliegenden ausländischen Zeitungen, gestattete aber am 11. Mai die Uebernahme des Vereinsmobiliars des aufgelösten Vereines. Diese Großmut hat sie übrigens später anderen Vereinen gegenüber für längere Zeit eingestellt.

Auch eine zweite Statutenänderung, die alles nach menschlichem Ermessen irgendwie Anstößige wegließ, wurde nicht bewilligt. Ferner fand eine Hausdurchsuchung (in der Nacht vom 5. auf den 6. März 1872) statt, bei welcher alle Journale, konfisziert oder nicht konfisziert, mit Beschlagnahme belegt wurden.

In der positiven Tätigkeit des Vereines war es ein hervorhebenswertes Moment, als in der Ausschußsitzung am 20. Februar 1872 Dr. E. D. Lewy mit einem Programm zur Veranstaltung einer Kollektivausstellung von Apparaten zum Schutze der Arbeiter gegen Berufskrankheiten für die Wiener Weltausstellung im Jahre 1873 hervortrat und dieser Vorschlag angenommen wurde. Es wurde ein Comité eingesetzt, das Dr. Lewy als wissenschaftlichen Beirat zuzog. Die Ausstellung sollte in 7 Gruppen stattfinden und eine ausführliche anschauliche Darlegung des bis dahin in Fragen des Arbeiterschutzes praktisch Geleisteten sein. Es war dies die erste Verförperung der Idee einer gewerbehygienischen Ausstellung, die später in dem noch heute bestehenden gewerbehygienischen Museum, mit seinen äußerst instruktiven Sammlungen ihre Erweiterung und Vervollkommnung gefunden hat. Der Verein wurde von vielen Arbeitervereinen, Privaten und der Direktion des polytechnischen Institutes tatkräftig unterstützt, vom Weltausstellungskomitee selbst jedoch in seinen Arbeiten gehemmt. Der Erfolg war lange nicht so glänzend wie der der Industrieausstellung, doch erntete der Verein ein Anerkennungs-Diplom. Die vom Standpunkte des Arbeiters weit gesündere Absicht, „ein getreues Bild

der traurigen Lage des Arbeiterstandes der Oeffentlichkeit zu übergeben," konnte selbstverständlich bei der Bourgeoisie nicht jene Sympathie finden, wie diejenige, die höchste Anspannung der Kräfte jedes Einzelnen zu erzielen.

Ueber die mit der Ausstellung verbundene Statistik soll weiter unten berichtet werden.

Gleichzeitig mit dem Comité für die Kollektivausstellung hatte der Arbeiter-Bildungsverein eine Wohnungsvermittlung für die während des Ausstellungsjahres nach Wien strömenden Arbeitermassen in's Leben gerufen. Doch wurde auch diese von der Polizei aufgelöst.

Damals war es auch, daß der Verein einen Preis von 100 fl. auf die beste Lassalle-Büste aussetzte, die für die Arbeiter-Industrierausstellung bestimmt war. Den Preis erhielt jedoch, weil keine preiswürdige Arbeit eingelaufen war, Niemand.

Das unaufhörliche Streben nach Zusammenfassung aller Arbeitervereine zu einem Verbaude konnte unter dem zur Methode gewordenen behördlichen Vergewaltigungssystem keine Aussicht auf Erfolg haben. Der Verein glaubte daher, diese Zusammenfassung wenigstens dadurch möglich machen zu können, daß er sich bereit erklärte, die Mitglieder der Fachvereine gegen geringes Entgelt an den Unterrichten teilnehmen zu lassen. Aber auch diese gänzlich unpolitische, rein nur dem Bildungsprogramm des Vereines entsprechende Absicht fand bei der Polizei keine Gnade und sie verbot, andere als Vereinsmitglieder an den Unterrichten teilnehmen zu lassen.

Es ist klar, daß die Vereinstätigkeit durch diese fortwährende lästige Fürsorge und diese beschränkenden Willkürlichkeiten sehr gehemmt sein und daß eine bedeutende Verringerung der Mitgliederzahl eintreten mußte; auch ein Ruhmesblatt in der Geschichte der liberalen Volksbildungsfreundlichkeit.

4. Die Konfliktzeit.

Aber von weit einschneidenderer Wirkung als alles dieses erwies sich der inzwischen in der Partei ausgebrochene Konflikt, der auch den Bildungsverein in den Bereich seiner zerstörenden Wirksamkeit zog.

Wir vermeiden es aus in der Vorbemerkung angegebenen Gründen, eine entscheidende Kritik dieser, überdies in manchen Punkten noch unaufgeklärten Phase der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung hier niederzulegen. Doch müssen wir uns gestatten, ihren Verlauf in flüchtiger Skizze hier voranzuschicken.

Unter Oberwinder hatte die Partei in streng Lassalle'schem Geiste zu arbeiten begonnen. Seit dem Hochverratsprozeß war es aber zu Differenzen zwischen den Führern der Bewegung, Oberwinder und Andreas Scheu, gekommen. Als nun auf Veranlassung des Ersteren im politischen Vereine „Volksstimme" eine Resolution zur Annahme gebracht wurde, welche unter Betonung des Festhaltens am allgemeinen Wahlrecht die liberale Wahlreform als einen Fortschritt bezeichnete, diese Resolution aber von Oberwinder in zwei wesentlichen

Worten geändert veröffentlicht wurde, gab dies den Anlaß zu einer Anklage, die A. Scheu in der Nacht des 3. März 1873 in der Parteiversammlung erhob, woran sich eine dreinächtige, sehr heftig geführte Debatte schloß. Die Majorität entschied zu Oberwinder's Gunsten, die Minorität unter Scheu trennte sich ab, um mit Hilfe des Wiener-Neustädter Organs „Gleichheit“ die Oberwinderianer, deren Organ der „Volkswille“ war, zu bekämpfen. Der Streit, der von beiden Seiten mit großer Erbitterung und persönlicher Spitze geführt wurde, und zwar ganz ohne Rücksicht auf das Ansehen der Partei nach außen, riß immer tiefer in dieselbe ein und spaltete sie schließlich in zwei Gruppen, die sich jedoch, als die beiden Häupter den Schauplatz verlassen hatten, in Wiener-Neustadt wieder zu gemeinsamer Arbeit vereinigten.

Auf den Arbeiter-Bildungsverein hatte dieser Konflikt nur insofern weittragenden Einfluß, als die persönlichen Zänkereien von Anbeginn an auch innerhalb seines Rahmens nicht zur Ruhe kommen wollten und seine Aufgabe bedeutend erschwerten, vor Allem durch Abfluß einer bedeutenden Zahl von Mitgliedern und Lähmung seiner programmmäßigen Tätigkeit.

Die Anfänge der Zwistigkeiten im Rahmen des Vereines datirten schon seit dem Jahre 1871. Damals hatte die Unterrichtssektion dem Ausschusse gegenüber eine kritische, oppositionelle Haltung eingenommen und in einigen Fällen seinen Beschlüssen „strikte zuwider“ gehandelt. Der Ausschuss löste die Sektion auf; ihr lautester Wortführer Reinthal und zwei andere Mitglieder wurden „wegen gröblicher Verletzung ihrer Pflichten“ ausgeschlossen. Wie gewöhnlich, bewirkten diese Ausschließungen das Gegenteil der mit ihnen verbundenen Absicht. Reinthal, ein junger, begeisterter Student, genoß die Sympathien eines großen Theiles der Mitglieder, nicht nur wegen seiner feurigen Beredsamkeit, sondern auch, weil er für die Partei mehrfache Freiheitsstrafen erlitten hatte. Den Agitationen der Ausgeschlossenen gelang es nun, die Lesezimmer Landstraße und Fünfhaus zur Einbringung von Resolutionen zu veranlassen, in denen dieselben gegen die Ausschließungen und gegen den Absolutismus und Terrorismus des Ausschusses protestirten. Dem Ausschusse fiel nichts Besseres ein, als das Lesezimmer Fünfhaus zu schließen und der Landstraße ein Gleiches anzudrohen. An diesen Stellen befanden sich „sejessionistische“ Herde, „Hex- und Schmollwinkel“, wie sich die Vereinsleitung ausdrückte, angeblich infolge der stärkeren Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, die die zur „Ueberwachung“ geeigneten besseren Kräfte dem Vereine entzog! Tatsächlich aber scheint der Vorwurf des Terrorismus nicht unbegründet gewesen zu sein, denn der Ausschuss verhorreszirte alle Auseinandersetzungen mit den Sejessionisten, wies sogar ein von Reinthal vorgeschlagenes Schiedsgericht zurück, und so wurden die Anhänger des Letzteren gewissermaßen dazu gedrängt, sich selbstständig zu organisiren. Sie gründeten einen politischen Verein „Brüderlichkeit“, gaben ein eigenes Organ, „Den Bahnbrecher“ und als dieses einging, die „Allgemeine radikale Arbeiterpresse“ heraus, kurz, entfalteten eine sehr fruchtbare Tätigkeit und zwar durchwegs auf dem gemeinsamen Boden des 9. Wiener Arbeitertages.

Die traurigen persönlichen Momente! Wenn auch der Hintergrund der Spaltungen in der Regel ein politischer war, die Uneinigkeit wurde immer durch viel zu persönliche Führung des Streites übervergrößert. Nach der Reintal-Affaire trat immer deutlicher der Streit Oberwinder-Scheu hervor und als am 3. März 1873 der Parteikonflikt ausgebrochen war, sah sich der Ausschuss veranlaßt, sofort (5. März) einen Aufruf an die Mitglieder zu erlassen, worin er sie aufforderte, sich jeder Parteiergreifung zu enthalten und neutral zu bleiben. Das entsprach nun nicht gerade dem berühmten solonischen Prinzipie, und es scheint, daß dem Ausschusse mehr die Existenz des Vereines als die politische Erziehung seiner Mitglieder am Herzen lag. Ausschließung folgte denn auch auf Ausschließung, eine zwar strenge, aber nichts weniger als demokratische Maßregel, die selbstverständlich die Erbitterung, statt sie zu kühlen, nur schürte. Die Anhänger Oberwinder's saßen im Ausschusse und auch die Majorität der Vereinsmitglieder stand auf seiner Seite. Der Streit gestaltete sich endlich dramatisch und enthüllte seinen wahren Inhalt, als die Angelegenheit der durch Oberwinder fertig zu stellenden Statistik von den Anhängern Scheu's in die Debatte gezogen wurde.

Das Kollektiv-Ausstellungskomitee (s. o.) hatte nämlich auch beschlossen, „ein getreues Bild der traurigen Lage des Arbeiterstandes der Oeffentlichkeit zu übergeben“. Zu diesem Zwecke sollte „an der Hand der Statistik nachgewiesen werden, welche Lohn- und Wohnungsverhältnisse, Arbeitszeit, Lebensmittelpreise in einem Orte vorherrschen, welche Mittel dem Arbeiterstande im Erkrankungsfall zu Gebote stehen, wie hoch die Unterstützungen sind; außerdem, welche Mittel den Vereinen zur Ausbildung ihrer Mitglieder zur Verfügung stehen“.

Zu diesem Zwecke wurden Aufrufe an alle österreichischen Arbeitervereine und Organisationen versendet, und Oberwinder, der mit der Aufgabe, die Statistik umzuarbeiten, betraut wurde, eine gewisse Summe eingehändigt*.

Die Statistik erschien aber nicht, und am 3. Juli interpellirte ein Mitglied, warum dieselbe, die doch so große Kosten verursacht hätte, nicht veröffentlicht worden sei. Obmann Dorisch, damals ein Freund Oberwinder's, erklärte, die nachlässige Einsendung der Fragebögen sei Schuld daran, versprach aber, daß dieselben demnächst einlangen würden.

In der Generalversammlung vom 2. September erneuerten sich die Interpellationen betreffs der Statistik; der anwesende Oberwinder antwortete, die letztere würde noch vor Ende der Ausstellung fertig gestellt sein, die Aufgabe sei eine riesige und ihr Hauptzweck sei der, die sogenannten maßgebenden Kreise auf die Lage der Arbeiter aufmerksam zu machen.

Die unlautere Gebahrung mit den Vereinsgeldern seitens einzelner Vereinsfunktionäre gab den gegnerischen Gruppen Anlaß, sich gegenseitig in der heftigsten

* Um nicht gegen die Gerechtigkeit zu verstoßen, müssen wir hier erwähnen, daß bei der ganzen Sache dieser Statistik gewisse Parteifragen in's Spiel kamen, die wir hier nicht besprechen können, die jedoch geeignet sind, Oberwinder's „Schuld“ in minder ungünstigem Lichte erscheinen zu lassen.

Weise zu beschimpfen. Kommissionen werden aufgelöst, Funktionäre ihres Amtes entsetzt, eine Untersuchungskommission eingesetzt, auch diese wieder ihres Amtes enthoben; die Verwirrung erreichte den höchsten Grad, und eine Menge der tätigsten Mitglieder trat empört aus dem Vereine aus.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 2. Februar 1874 legte endlich die lehtgewählte Kontrollsektion einen genauen Bericht über die ausständigen Forderungen vor, unter denen Oberwinder mit 240 fl. figurirte.

In der Generalversammlung vom 14. September wurde erklärt, Oberwinder habe die Kosten der Arbeit selbst übernommen und werde sie dafür auch selbst herausgeben. Er wurde verpflichtet, an einem bestimmten Tage die Schuld zu decken. Am 2. Oktober wurde in einer Monatsversammlung wiederum gefragt, warum der Beleichstermin nicht eingehalten wurde und geantwortet, unter den herrschenden Zeitverhältnissen sei eine Verwertung der statistischen Arbeit nicht möglich (?). Eine Klage gegen Oberwinder wurde abgelehnt und auf die im „Volkswille“, dem Organ Oberwinder's, erschieneue, von seinen Anhängern Dorjch und Schmidt gezeichnete Erklärung verwiesen.

Mehrmales eingebrachte Anträge der Anhänger Echen's auf Abonnement der „Gleichheit“ wurden von der, Oberwinder freundlich gesimten Majorität, abgelehnt.

Die krampfhaftige Deckung der Person Oberwinder's durch den Ausschuß, die den letzteren mehrmals zu falschen Darstellungen und Irreführungen verleitet hatte und das allmählig gegen Oberwinder erwachende Mißtrauen machten schließlich die Stimmung umschlagen, und der Entscheidungskampf auf dem Boden des Vereines nahte heran.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 31. März 1875 trat Oberwinder in äußerst gereizter Stimmung seinen in großer Anzahl anwesenden Gegnern gegenüber. Er sprach von zugetriebenen Leuten, einem Attentat auf den Verein u. s. w. Er fühlte den Boden unter sich schwinden und seine Anhänger suchten ihn durch Vereitelung der Versammlung der Verantwortung für diesmal zu entziehen. Als daher Marschall die Versammlung aufforderte, sich durch Oberwinder's Auslassungen zu Skandalen nicht provoziren zu lassen, erhob sich sofort ein kolossaler Lärm, der die Auflösung der Versammlung herbeiführte.

Die sofort abgehaltene Ausschußsitzung beschloß den Ausschluß Oberwinder's mit 15 gegen 7 Stimmen.

Die Freunde des letzteren suchten ihn jedoch in der nächsten, an Stelle der aufgelösten, am 19. April stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung durch einige formale Manipulationen, insbesondere durch Ausschluß der feindlichen Ausschußsmitglieder, wieder hineinzubringen. Neuerlicher Lärm und Auflösung. Oberwinder's Gegner übergeben einen schriftlichen Protest gegen seine Wiederaufnahme, in welchem zugleich die Absehung des manipulirenden Vorsitzenden R a s p, Aufhebung aller in der letzten außerordentlichen Generalversammlung angeblich gefassten Beschlüsse, Neuwahl des Ausschusses, Sistirung der Mitgliederaufnahme bis nach vollzogener Ausschußswahl nebst anderen Dingen verlangt wurde.

Dem Verlangen mußte Folge gegeben werden und in der für den 23. Mai neu einberufenen Generalversammlung wurde Oberwinder's Niederlage endgiltig besiegelt. Alle Beschlüsse der Generalversammlung vom 19. April, sowie alle seither vom Ausschusse gefassten Beschlüsse wurden für null und nichtig erklärt, aus der Neuwahl gingen lauter gegnerische Kandidaten hervor und sein Ausschluß blieb perfekt.

Der Streit selbst hatte damit keineswegs sein Ende erreicht.

Oberwinder gründete mit den ihm noch gebliebenen Anhängern — und es gab deren in den Gewerkschaften noch eine erkleckliche Anzahl* — einen Arbeiter-Fortbildungsverein, während er seine politische Tätigkeit im Allgemeinen Arbeitervereine fortsetzte. Da er aber die Bewegung immer deutlicher im „sozialliberalen“ Sinne führte, auch in anderer Hinsicht sich höchst auffällig geberdete, so fielen schließlich alle Anhänger von ihm ab, und er sah sich genötigt, Desterreich zu verlassen. Jetzt erst kam die Einigung zu Stande, und zwar am allgemeinen österreichischen Arbeitertage zu Wiener-Neustadt (13. August 1876).

Es ist nun angeichts aller dieser Ereignisse, die Ausschufs und Mitglieder fortwährend in Atem hielten, nicht zu erwarten, daß die interne Vereinstätigkeit eine besonders rege gewesen sei. Im Gegenteil. Die Zerwürfnisse lähmten das Interesse an den Vereinsaufgaben. Dazu kam, daß der Verein infolge der fortgesetzten scharfen polizeilichen Ueberwachung, nicht mehr wie früher der Mittelpunkt der Partei sein konnte, somit ganz erheblich von seiner früheren dominirenden Bedeutung verlieren mußte. Aber auch die Folgen der finanziellen Krise, des berühmten „Krach“ vom Jahre 1873, durch welchen eine Unzahl von Industrien ruiniert und eine kolossale industrielle Reservearmee auf die Beine gestellt wurde**, machten sich im Vereine durch Abfluß von Mitgliedern bemerkbar. Außerdem entzog die sich immer mehr entwickelnde gewerkschaftliche Bewegung dem Vereine eine große Zahl von Kräften. Der Streit tat das Uebrige, und so war es kein Wunder, wenn die einst so stolze Mitgliederzahl von 6000 im Jahre 1874 auf — 180 herabgesunken war. Finanzielle Kalamitäten entstanden. Zu allem Unglück fiel in diese Zeit noch ein Feuerschaden von 500 fl. und ein Prozeß gegen den Eigentümer der ehemaligen Centrale in der Magdalenenstraße.

In dieser bedrängten Lage entschloß sich endlich der Verein, ein Gesuch an das Unterrichtsministerium um eine Subvention für Unterrichtszwecke zu richten. Da außerdem der Verein nicht in der Lage war geeignete Schulkäumlichkeiten zu bezahlen und sogar sein Zentralkokal in einem Keller sich befand, so wurde ein Gesuch an den Gemeinderat um

* 15 Vereine hatten am 22. März eine Ehrenerklärung für ihn aus gefertigt.

** Während in der Schwindelperiode tatsächlich Mangel an Arbeitskräften war, wurde unmittelbar darauf in der 3. Jännerwoche 1874 in den Herbergen und Genossenschaften Wiens die Existenz von weit über 23.000 Arbeitslosen konstatiert. „Vorstadt-Zeitung“ vom 21. Jänner 1874. Dazu kam die Massenentlassung von 10.000 Arbeitern aus der Sigl'schen Fabrik in Wr.-Neustadt zc.

Ueberlassung von Schullokalitäten gerichtet. Beide Gesuche wurden Formfehler halber abschlägig beschieden.

Da faßte die Generalversammlung vom 14. September 1874 eine Resolution, in der es unter Anderem hieß:

„Die Bildungsverhältnisse eines großen Theiles der österreichischen Arbeiter sind infolge der Schwierigkeiten, mit denen die Einführung und Entwicklung des Schulwesens in Oesterreich zu kämpfen hatte, auf einer so niederen Stufe geblieben, daß sie sowohl den Fortschritten der Industrie, als auch der Verbreitung der gesellschaftlichen Bestrebungen der Neuzeit wesentliche Hindernisse bereiten.

Wenn auch die neuen Schulgesetze in dieser Richtung allmählig Manches bessern werden, so darf doch nicht übersehen werden, daß die heutigen Produktionsverhältnisse die Umgehung dieser Gesetze in vielen industriellen Bezirken begünstigen und daß auch die Bildungsbedürfnisse der Arbeiter, die der Schule bereits entwachsen sind, in gehöriger Weise berücksichtigt werden müssen.

Die von der Regierung errichteten Fach- und Gewerbeschulen, deren Zweck Anerkennung verdient, werden sich bei größerer Verbreitung als ungenügend erweisen und ist es daher notwendig, dem Drange der Arbeiter nach allgemeiner Bildung entgegen zu kommen, wodurch die speziell fachliche Bildung nicht nur mit angeregt, sondern auch unterstützt wird.

Auf Grund der angeführten Tatsachen wird daher der Arbeiter-Bildungsverein in Wien, der seither kein Opfer gescheut, um unter den schwierigsten Verhältnissen den Arbeitern einen nützlichen Unterricht zu gewähren und dessen ersprißliches Wirken erst vor Kurzem durch die Handels- und Gewerbekammer, wie durch die Jury der Weltausstellung anerkannt wurde, Alles aufbieten, um den Unterricht in den Elementarfächern, in der Buchhaltung, der Nationalökonomie u. s. w. systematisch einzurichten; er wird den ernstesten Versuch machen, die gesammten Wiener Arbeitervereine, deren Bildungstätigkeit zur Zeit regellos und zerstückelt ist, zur Teilnahme an den Unterrichten des Arbeiter-Bildungsvereines heranzuziehen, er wird die Arbeitervereine in den Provinzen zu ähnlichen Bestrebungen anspornen und dieselben tatkräftig dabei unterstützen“.

Auch stand der Verein noch immer bei „einflussreichen“ Personen in Gunst. Herr v. Plener spendete ihm 120 Bücher und später noch 75 fl. Für den geplanten, aber nicht zu Stande gekommenen Bau eines eigenen Vereinshauses waren viele hervorragende Persönlichkeiten gewonnen worden; der Großindustrielle Drasche versorgte den Verein fortlaufend mit Kohlen und die Handels- und Gewerbekammer übermittelte 300 fl. für Vereinszwecke.

5. Die zweite Auflösung und die dritte Neugründung.

Mit dem Jahre 1875 war im Wesentlichen für das interne Vereinsleben die Konfliktfrage abgeschlossen. Kaum merkten dies die Behörden, die sich während der heftigen Konfliktzeit merkwürdigerweise ganz ruhig verhalten hatten, als sie sofort wieder auf den Schauplatz traten. Ein politisches Privatgespräch, welches einige Mitglieder des Lesezimmers Leopoldstadt in einem dem Vereine fremden Gasthause hielten, wurde zum Vorwand genommen, dem Vereine am 25. Mai 1876 wegen „Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungskreises“ das Auflösungsdekret zuzustellen.

Der Rekurs, der gegen diese zweite Auflösung an das Ministerium geleitet wurde, führt eine klare, energische und dabei ruhig überzeugende Sprache. Ueberdies begaben sich die beiden Obmänner Smakal und Große direkt zum Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg, um die Erledigung des Rekurses zu beschleunigen. Sie wurden jedoch nicht vorgelassen.

Außerdem wurden Statuten für einen neuen Arbeiter-Bildungsverein eingereicht, jedoch schon kaum zwei Wochen später mit der Begründung zurückgewiesen, daß wegen des in den Lehrplan aufgenommenen Gegenstandes „Geschichte“, der Verein als ein politischer betrachtet werden müsse.

Ein zweiter Statutenentwurf fand die Gnade der Statthalterei aus dem Grunde nicht, weil Jedermann Mitglied werden könne, der Verein also kein „Arbeiter“-Bildungsverein wäre. Aber geradezu klassisch-österreichisch ist folgender Absatz im Abweisungsdekret:

„Wenn auch die Statuten den Beisatz enthalten: ‚mit Ausschluß von Politik und Religion‘, so kann doch nicht gezwiselt werden, daß bei der voraussichtlichen (!) Zusammenziehung des Vereines aus allen Teilen der Bevölkerung die Erörterung politischer Fragen nicht vermieden werden könnte!“

Es bedurfte der Einreichung eines dritten und vierten Entwurfes, um endlich am 7. Oktober 1876 die Bewilligung zur dritten Neugründung des Arbeiter-Bildungsvereines zu erwirken.

Am 22. Oktober 1876 konstituirte sich der Verein zum drittenmale und es wurden Smakal zum Obmann, Große und Leißner zu Stellvertretern gewählt. Die Lesezimmer wurden unter fortwährenden Schwierigkeiten von Seite der Behörden der Reihe nach eröffnet.

In der schwierigen finanziellen Lage, in der sich der Verein infolge der obengenannten Gründe befand, war es ein angenehm begrüßter Erfolg, als der Prozeß Jobel gewonnen wurde, wodurch dem Vereine 300 fl. zufließen.

Dagegen machte sich auch die Polizei wieder lästig bemerkbar, indem sie 21 Mitglieder (Gewerbetreibende, Bureaudiener, Beamte u. s. w.), weil sie keine Arbeiter seien, zu streichen befohl. Wie gewöhnlich, wurde der hiegegen eingebrachte Rekurs abschlägig beschieden.

Aber eine ähnlich hervorragende Tätigkeit wie vormalig konnte der Verein nicht mehr entwickeln. Im Streite war das Feuer der ersten Bewegung verrauscht und Indolenz und Indifferentismus machten sich bemerkbar. Von der Polizei in seiner Tätigkeit gehemmt, mußte der Verein das Schwergewicht der organisatorischen Tätigkeit an die Gewerkschaften abgeben, die denn auch der Herd der neuen Bewegung wurden.

Erst im Jahre 1878 raffte sich der Verein wieder zu einer Rundgebung nach außen auf. Es betraf dies seine Stellung zur Volksschule. Schon frühzeitig hatte er die Unzulänglichkeit der liberalen Schule erkannt. So heißt es in der Einleitung zum 2. Jahresbericht (1870):

„Anstatt den Schülern durch die Geschichte den organischen Entwicklungsgang der Menschheit zur Freiheit anschaulich zu machen, in den jugendlichen

Gemütern durch das Vorführen großer Helden, welche im Dienste der Freiheit tritten, Freiheits- und Gerechtigkeitsjinn zu wecken, wird die Geschichte den Herrschenden dienstbar gemacht, große Kulturbewegungen nebenjächlich behandelt, die bestehenden Verhältnisse als unabänderlich dargestellt u. s. w.“

Gleichwol hatte der Verein seit jeher das Prinzip beobachtet, die Neuschule als einen Fortschritt gegenüber reaktionären Verfinsterungsgelüsten zu verteidigen. Als nun im März 1878 im Wiener Gemeinderate über einen Antrag des Gemeinderates Dr. Kühn, es sei „zur Behebung des geringen Unterrichtserfolges, welchen die heutigen öffentlichen Volksschulen auf dem Gebiete der Elementargegenstände, insbesondere auf dem Gebiete der Grammatik nachweisen“, das Unterrichtsministerium zu bitten, es möge „den Unterricht der Realien in der dritten und vierten Klasse der öffentlichen Volksschulen“ aufheben, eine lebhaft und erhitzte Debatte entspann, wobei die Gemeinderäte Gerold und Dr. Kopp sich am heftigsten dagegen aussprachen, ersterer, weil „er nicht den Jesuiten und der Reaktion in die Hände arbeiten“ wolle, letzterer, weil es gefährlich sei, „jett den Stein in's Rollen zu bringen, wo ein reaktionärer Wind zu wehen beginnt“, was nicht verhinderte, daß trotzdem eine große Minorität für Dr. Kühn stimmte; da versammelte auch der Arbeiter-Bildungsverein seine Mitglieder, um gegen die geplante Rückwärtserei Stellung zu nehmen. Am 15. April brachte in öffentlicher Vereinsversammlung Rosp folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde:

„Die heutige Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereines erklärt: Die jüngsten Schuldebatten im Wiener Gemeinderate haben neuerdings bewiesen, daß man in gewissen einflußreichen Kreisen wieder ernstlich bemüht ist, die Volksschule in einem reaktionären Sinne umzugestalten. Wiewol der Arbeiter-Bildungsverein keineswegs der Ansicht ist, daß das jetzige Volksschulgesetz das denkbar beste sei, so würden doch die sogenannten Reformvorschlüge, wie sie im Gemeinderate und anderwärts vorgebracht wurden, dasselbe nicht nur nicht verbessern, sondern sogar verschlechtern. Auch der Arbeiter-Bildungsverein ist für eine radikale Reform der Volksschule, er kann aber nur einer solchen Reform zustimmen, welche der Volksbildung zu Gute kommt. Er erinnert bei dieser Gelegenheit an die bekannten diesbezüglichen Forderungen der Arbeiter, indem er insbesondere hervorhebt, daß es die Pflicht des Staates wäre, das der Volksbildung im Wege stehende Hindernis der Kinderarbeit zu beseitigen.“

Zu seiner früheren Bedeutung jedoch konnte der Verein sich nicht mehr aufschwingen. Seine Tätigkeit blieb auf populäre Vorträge über alles mögliche Wissenswerte und Unterrichte beschränkt.

6. Die zweite Partei-Spaltung. Fixierung und Wiedereröffnung.

Vielleicht hätte er jedoch neuen Aufschwung genommen, wenn nicht inzwischen mit der zweiten Erhebung der Arbeiterbewegung zugleich die zweite Spaltung derselben gekommen wäre.

Diese zweite Welle in der Bewegung war eine Sturmwellen. Sie ist ihrem ganzen Wesen nach etwas so Ungeheuerliches, krankhaft Konvulsivisches, daß eben nur der furchtbare wirtschaftliche und vor Allem politische Druck, der auf den Arbeitern lastete, sie zu erklären geeignet ist. Leider können wir auch diesen Abschnitt der Bewegung nur mit wenigen Worten berühren.

Das liberale Ministerium Auersperg-Lasser hatte jede politische Regung der österreichischen Arbeiter unmöglich zu machen gesucht. Jahre hindurch war es Regel, daß Arbeiterversammlungen mit politischen Tagesordnungen nicht gestattet und Vereine unter den verschiedensten Vorwänden aufgelöst wurden. Dies und die fortwährend steigende Verarmung, die Folge der Krise von 1873 erzeugte eine grenzenlose Verbitterung, und als nun in Deutschland das Sozialistengesetz proklamiert und die Sozialdemokratie geächtet wurde und daraufhin die Spaltung zwischen der Fraktion und Most eintrat, da fanden die von dem Letzteren nach Oesterreich hereingeschmuggelten Brandschriften hier ein sehr empfängliches Publikum unter den Arbeitern. Wenige wehrten die „Propaganda der Tat“ ab, der größte Teil der Arbeiterschaft wurde „radikal“ und ihr unbedingt ergeben. Das Ministerium Taaffe trat am 10. August 1879 die Erbschaft der Liberalen an. Die durch Massenverhaftungen, Tendenzprozesse, Konfiskationen und Aufeinanderheizen der radikalen und gemäßigten Sozialisten, sowie durch ein später im Abgeordnetenhaus durch Kronawetter und Fernerstorfer aufgedecktes polizeiliches Denunziationsystem geschürte Erbitterung begann alle vernünftigen Grenzen zu übersteigen und erreichte in der Verurteilung des Schusters Merstallinger und den anarchistischen Attentaten Stellmacher's und Kammerer's ihren Höhepunkt.* Nun kam, was kommen mußte, und wovon R. Meyer in Deutschland schon vor Jahren gesagt hatte, daß es bei solcher Auffassung der sozialen Frage seitens der Regierungen werde kommen müssen: der Ausnahmezustand (31. Jänner 1884). Damit war das Signal zu ähnlichen Sozialistenvorfällen wie in Deutschland gegeben** und binnen Kurzem war die Bewegung niedergedrückt.

Während dieser ganzen Zeit war der Bildungsverein auf der radikalen Seite gestanden, hatte aber auf die Bewegung nicht den mindesten Einfluß genommen, wäre er doch bei der geringsten Regung aufgelöst worden. Unmittelbar nach der Verhängung des Ausnahmezustandes jedoch vereinigten sich die Ausschußmitglieder zu dem Beschlusse, die Vereinstätigkeit zu sistieren, um der behördlichen

* Zur Charakteristik der fieberhaften Stimmung der damaligen Zeit sei erwähnt, daß noch lange, bevor der Anarchismus in Attentaten sich kundgab, eine Unzahl von gewöhnlichen Raubmordattentaten und Selbstmorden die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade erregte. Die Zeitungen führten sie in der größten Mehrzahl auf die fortwährend zunehmende Verarmung der niederen Volksschichten zurück.

** In der Nacht vom 31. Jänner auf den 1. Februar 1884 wurden 180 Personen verhaftet und in der ersten Februarwoche 300 Personen ausgewiesen! „Vorstadt-Zeitung“ vom 7. Februar 1884.

Auflösung und Vermögenskonfiskation zuvorzukommen und sein Hab und Gut in Sicherheit zu bringen (3. Februar 1884).

Der Ausnahmestand hatte die Bewegung von der Oberfläche verschwinden gemacht. Aber unter derselben glomm das Feuer noch eine Zeit lang fort und mit beispielloser Wut bekämpften sich die feindlichen Brudergruppen. Als endlich bei der Behörde eine etwas ruhigere Beurteilung Platz zu greifen begann und der Radikalismus sein Feuer allmählig verlor, da machten sich wieder Einigungsbestrebungen geltend. Nach vielen fruchtlosen Bemühungen, hauptsächlich gefördert von Dr. W. Adler kam diese Einigung endlich am Parteitage zu Hainfeld (30. Dezember 1888 bis 1. Jänner 1889) zu Stande.

Mit dieser langsamen Neuerhebung der Partei ging selbstverständlich Hand in Hand die Neuschaffung von Organisationen. Auch der Bildungsverein fühlte gegen Ende des Jahres 1885, also nach beinahe zweijähriger Ruhe, die Zeit für seine Auferstehung gekommen und er eröffnete seine Tätigkeit zum viertenmale am 23. November 1885. Da aber sein Mitgliederstand fortwährend ein geringer war, so verbreitete er gegen Ende 1886 ein Zirkular, welches mit seinem schwülstigen Phrasenstil und seiner schlechten Grammatik gewissermaßen als an und für sich unschuldiges Ueberbleibsel der Brandschriftenperiode zu betrachten, sonst aber höchst charakteristisch für das ganze Wesen seines später zu einer gewissen Bedeutung in der Partei hinaufgeschraubten Verfassers (Hanser) ist. Dasselbe lautete:

Ad circulandum!

Wien, Ende September 1886.

Offenes Sendschreiben

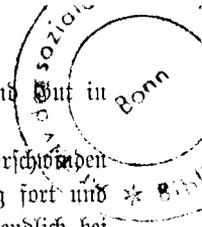
an die

Arbeiter Wiens und Umgebung.

Unaufhaltjam eilt die Zeit, gebieterisch Alles vor sich weisend, was ihren Lauf zu hemmen beabsichtigt, Alles vor sich niederstürzend, was sich hindernd ihr in den Weg stellt. Altes läßt sie alternd zurück, stets nur immer Neues bietend und nutzbringend Demjenigen, der ihr an den Ferren folgt und unermüdetlich mit ihr eilt. Entdeckung und Erfindungen, reiche Erfahrungen auf wissenschaftlichem Gebiete ließ sie zurück, Alles ausgerafft von Jenen, welchen die Möglichkeit geboten war, ihr zu folgen und welche dieses in der eigenmüthigsten Weise, als alleinigen Besitz betrachtend, verwerten.

Diese unleugbare Tatsache erkennend, macht das Voraneilen des menschlichen Geistes insgesamt notwendig, um Alle darauf vorzubereiten auf die gerechte Verteilung jener ertragreichen Zeithinterlassenschaft einschließlich der Nutznießung aller Naturprodukte zum Wohle Aller.

So Großes auch alle auf gewerkschaftlicher Basis gegründeten Bildungsinstitutionen leisten, so anerkenntenswerth ihre Bestrebungen dahin gerichtet sind, das Praktische mit dem Nützlichen zu verbinden, so taten sie dies doch nur



vom isolirten Standpunkte ihres Interesses aus, übergehen dabei mehr oder minder das Prinzip des allgemeinen Partizipationsrechtes, eine Norm jener erhabenen Idee, **Alles für Alle** ohne Unterschied einer Begünstigung nur **durch** Alle, durch das **zentralisirte Wissen** erreichen zu können.

Genossen! Erfahrungen auf industriellem Gebiete, Beobachtungen im gesellschaftlichen und bürgerlichen Leben, die ihr beide so reichlich und verschiedenartig zu machen Gelegenheit habt als Männer, die Ihr selbst arbeitet und alle Bedürfnisse des Lebens selbst erzeugt, sind im Interesse **unseres** Wissens jederzeit sprachreif zum Nutzen Aller.

Männer, die Ihr frei von wissenschaftlichen Irrtümern, Aberglauben und solchen Vorurteilen seid, tretet ein für Euere Ueberzeugung durch Verbreitung Eueres Wissens zur geistigen Bildung Aller.

Arbeiter, in deren Brust Klassenbewußtsein insoferne wohnt, als Ihr den Krebschaden Eueres Zustandes zu erkennen vermögt, erblickt Euere Initiative darin, nicht allein mit diesen Palliativen, welche die Bildung im gewerkschaftlichen Sinne doch unleugbar ist und daher nur die Vorstufe der richtigen Erkenntnis bildet, unserem Ziele näher zu kommen, sondern auf dem Wege der zentralisirten Bildung, der freien Meinungsäußerung, des geistigen und geselligen Aneinanderschließens Aller, denn nur dann erst kann man Wissen zur Macht erheben.

Arbeiter aller Klassen und Stände, Nationen und Konfessionen! Auf diesem, uns gesetzmäßig gewährleisteten Wege rufen wir Euch zu:

Bereinigt Eueren Geist zum Schutze Euerer Interessen, legt ab jene falsche Scham, die Euerm Denken unwürdig ist und seid für das Ganze, was Ihr bisher für Euch allein gewesen.

Bereinigt Euch um die **Erkenntnis**, welche, mit dem Geiste voraneilend, unserem Wissen Bahn bricht, dann wird Wissen Macht und Macht Sieg.

Schon dämmert das 20. Jahrhundert einer Zeitrechnung, möge es **unser** und wir **seiner** würdig sein. Empfangen wir es nach Gebühr!

Der Ausschuß des Arbeiter-Bildungsvereines.

Im Interesse des wirklichen Gedeihens des Arbeiter-Bildungsvereines werden alle arbeiterfreundlichen Organe, Tagesblätter, Zeitschriften, Vereine, Genossenschaften, ferner uns in diesem Sinne unterstützende Gelehrte, Männer von Bildung und die gesammte Arbeiterschaft eingeladen und gebeten, die größtmöglichste Verbreitung unseres Schreibens bewirken zu wollen, uns in Wissen fördernder Weise zu unterstützen und zum Beitritte eingeladen, um den Zweck voll und ganz erfüllen zu können.

Einschreibebühr keine.

Monatsbeitrag 20 fr.

Bildungsprogramm:

Benützung der Bibliothek, Vorträge in allen Gebieten, Förderung der Interessen des Arbeiters durch freie Meinungsäußerung nach jeder Richtung und Unterrichte (Elementarunterricht I. und II. Klasse, Zeichnen, Stenographie u. u.), gesellige Unterhaltung zur Pflege des Gemeingeistes und der Zusammengehörigkeit.

Noch einmal sollte der Bildungsverein der Schauplatz eines Kampfes zwischen den beiden Parteigruppen sein. Es war eine Generalversammlung, in welcher die Radikalen, die von den Gesetzen nichts erwarteten und Geheimorganisationen verlangten, die Auflösung des Bildungsvereines forderten. Daß jedoch bereits größere Klarheit und tieferes Verständnis in der Arbeiterschaft Platz gegriffen hatte, bewies die Tatsache, daß die Radikalen, die den Verein früher unumschränkt beherrschten, ihren Willen nicht mehr durchzusetzen vermochten — freilich fehlte zum Auflösungsbeschlusse nur eine Stimme.

Seit dem Parteitage von Hainfeld nun nahm die Partei raschen Aufschwung. Die Maifeier des Jahres 1890 tat das Uebrige, und so entstanden binnen kurzer Zeit eine Unzahl von Fach- und Bildungsvereinen*. Naturgemäß mußte der Gumpendorfer Bildungsverein damit von seiner früheren Bedeutung als Zentralstelle für ganz Wien ein Erkleckliches abgeben und sich mit der Stellung irgend eines anderen Bildungsvereines (es gibt gegenwärtig deren 27 in Wien und unmittelbarer Umgebung) begnügen. Allerdings ist er noch immer der größte und reichste aller Bildungsvereine, abgesehen von seinem Alter, seiner historischen Bedeutung und seinem von den übrigen Vereinen nachgeahmten Unterrichtsmuster, die ihm immer noch eine erste Stelle sichern.

Der riesige Aufschwung der Partei und die Massengründung von Vereinen, in der des Guten vielfach schon zu viel getan wird, machte naturnotwendig eine Institution entstehen, welche die Aufgabe hat, die auseinanderfahrenden Glieder wieder zu vereinigen. Es ist dies der Unterrichtsverband der Arbeitervereine Niederösterreichs. Wie aus dem auf den vorhergehenden Seiten Gesagten hervorgeht, zieht sich die Tendenz, die Arbeiterorganisationen zusammenzufassen, durch die ganze Geschichte der Wiener Arbeitervereinsbewegung. Seine Gründung war eine Notwendigkeit insofern, als ohne ihn viele Bildungsvereine wieder zu Grunde gegangen wären und die Fachvereine niemals ihren Mitgliedern die Requisiten zur geistigen Ausbildung in genügendem Maße hätten bieten können. Der Verband ist somit gewissermaßen die Verwirklichung dessen, was seinerzeit der Bildungsverein selbst sein wollte, eine Unterrichtsorganisation über ganz Wien mit Einbeziehung der Gewerkschaften, woran er aber durch die Behörden bisher gehindert wurde. Freilich ergibt sich damit der Uebelstand, daß die einzelnen Bildungsvereine zu bloßen Lesezimmern der Zentrale herabsinken, aber der Uebelstand ist nur ein scheinbarer: Nicht um den Bestand von Vereinen kann es sich hier handeln, sondern um die Förderung einer Sache, die im Laufe der

* Am III. österreichischen Parteitage zu Wien 1892 wurde schon das Bestehen von 331 zur Partei gehörigen Vereinen konstatiert.

Zeit, im Fortschritt der klaren Erkenntnis den Arbeiterorganisationen längst zu einer heiligen geworden ist: um die Verbreitung von Wissen und Bildung in den Kreisen Jener, die von Wissen und Bildung durch die grausame Ungerechtigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse ausgeschlossen sind. Käme es also auch dahin, wovon aber bei dem Rückhalt, den der Unterrichtsverband heute an den Bildungsvereinen noch haben muß, gegenwärtig noch keine Rede sein kann, daß die letzteren ihre Selbstständigkeit aufzugeben gezwungen wären, so würde dies für den Fortschritt der Organisation keine nachteiligen Folgen haben, da ja ihre Aufgaben in weiter ausgreifendem und dabei einheitlich kräftesparendem Sinne vom Verbands übernommen und somit die Bildungsvereine, wenn auch nicht der Form, so doch den Tatsachen nach fortbestehen würden, natürlich immer vorausgesetzt, daß der Unterrichtsverband sich als zusammenfassende Organisation bewährt und nicht etwa an der Unreife der Verhältnisse wieder zu Grunde gehen muß. Insbesondere dem Bildungsvereine von Gumpendorf stünde es angesichts seiner für die Bewegung so bedeutungsvollen Vergangenheit schlecht an, wollte er auf seine alten Tage kindischen Eifersüchteleien auf Gewerkschaften und Verband Raum geben und seine gegenwärtige Mitgliebergeneration wird an Einsicht und Zielbewußtsein wol nicht hinter den früheren zurückstehen wollen, die das ausgezeichnete Wort gesagt haben:

„ wenn der Arbeiter-Bildungsverein seinem Zwecke nicht mehr entspricht, wenn er seine Aufgabe nicht mehr zu erfüllen vermag und seine Form ein Hemmnis zu bedeuten hätte auf dem Entwicklungsgange der großen kulturhistorischen Bewegung der arbeitenden Klassen, so wird er sich zu reorganisiren, oder wenn dies unmöglich, durch sich selbst und rasch zu sterben wissen; aber an der langsamen Herzbeutelwassersucht oder irgend einer Läusekrankheit wird er nicht zu Grunde gehen, solange seine Mitglieder die Augen offen haben! *

7. Programmäßige Tätigkeit des Vereines.

Wir sind hiermit am Ende der äußeren Vereinsgeschichte angelangt und es wäre nur noch zu erörtern, in welcher Weise der Verein seinen eigentlichen Zweck, den Arbeitern Bildung beizubringen, zu verwirklichen gesucht, respektive, was er unter Bildung verstanden hat. So viel ist von vorneherein klar, daß von einer systematischen Heranbildung der Arbeiter nie die Rede sein konnte, nicht nur, weil der Verein niemals die Mittel dazu besaß, sondern auch, weil es seinen Mitgliedern an der nötigen Zeit gebrach. So hat sich denn der Verein seit jeher darauf beschränkt, bloß das Allernotwendigste zu lehren: Lesen, Schreiben, Rechnen und Stilkistik (sogenannte Elementarunterrichte), Buchhaltung, (gewerbliches) Zeichnen, Logik und Rhetorik, französische, englische, italienische Sprache, Stenographie, Gesang, Turnen, und in neuerer Zeit auch Redeübungen abzuhalten. So lautet sein letzter Unterrichtsplan:

* Jahresbericht des Arbeiter-Bildungsvereines. 1872. S. 3.

Unterrichts-Plan 1892/93.

Tage	Parterre		I. Stock	
	Vortragsaal	Wartesaal	Vehrsaal III.	Vehrsaal IV.
Sonntag	Diskussion	—	Italienisch von 2-1/4 Uhr Nachm. Franz. Handelskorr. und franz. Literatur, abwechselnd v. 1/4-5 Uhr	
Montag	Redeübung und Gesetzeskunde	Stenographie für Anfänger	Elementar I. Klasse	Elementar II. Klasse
Dienstag	Logik und Rhetorik	Buchhaltung	Englisch für Vorgeschr.	Elementar III. Klasse
Mittwoch	Vortrags-Zyklus	Stenographie für Anfänger	Stenographie für Vorgeschr.	Elementar I. Klasse
Donnerstag	Eizung	Englisch für Anfänger	Französisch für Anfänger	Elementar II. Klasse
Freitag	—	Buchhaltung	Französisch für Vorgeschr.	Elementar III. Klasse
Samstag	Vortrag	—	—	—

Beginn der Unterrichte 8 Uhr Abends.

Tanzunterricht jeden Sonntag Nachmittags 2 Uhr und jeden Donnerstag und Freitag Abends 7 Uhr in der Gumpendorfer Bierhalle.

Turnunterricht jeden Mittwoch Abends im Turnsaale der Realschule, VI. Marchettigasse. Außerdem werden an Wochentagen Nachmittags von 3—7 Uhr Unterrichte in Französisch, Buchhaltung und Stenographie eingeführt.

Daneben liefern „freie Vorträge“ über andere Wissensgebiete, Welt- und Kulturgeschichte, Naturwissenschaften, National- und Sozialökonomie zc., ohne eine größere Bedeutung zu besitzen, als den einer Gewöhnung der Mitglieder an regelmäßiges Zusammenkommen. Aufklärenden Gehalt aber besaßen wesentlich nur die sozialwirtschaftlichen Vorträge, und auch hier vermag erst die in neuerer Zeit eingeführte Systematik der Vortragszyklen nachhaltig zu wirken. An eine ordentliche systematische Bildung kann aber erst dann gedacht werden, wenn der Achtstundentag durch Gewährung von freier Zeit, durch materielle Besserstellung und Entlastung des Gehirns der Arbeiter den Boden hiezu geliefert haben wird. Bis dahin wird und kann die Aufgabe der Bildungsvereine nur die sein, Anregungen zum Studiren zu geben.

Freilich können die Bildungsvereine schon heute eine sorgfältigere Auswahl in den Unterrichtsgegenständen treffen. So dürften in der Zukunft an die Stelle der bisherigen Logik und Rhetorik durchwegs die zweckmäßigen Redeübungen treten. Schon jetzt werden dieselben mit Erfolg zur Propagierung der für den Arbeiter wichtigen sozialwissenschaftlichen Grundbegriffe verwendet. Strittig hingegen ist die Frage der Sprachenunterrichte, doch scheinen uns auch diese von großem Wert für die Schulung des systematischen Denkens zu sein.

Was die Bibliothek als Bildungsmittel anbelangt, so wird sie erfreulicherweise sehr fleißig von den Mitgliedern benützt, allerdings in erster Linie die Roman- und erst in zweiter die agitatorische Parteiliteratur. Nur sehr geringer Nachfrage erfreuen sich die klassischen Produkte der schönen Literatur, die Werke Schillers, Goethes und Shakespeares stehen meist unbenützt im Schranke. Leider fehlt den meisten Vereinsbibliotheken die sorgfältig auswählende Hand, obwohl im Allgemeinen ihre Zusammensetzung nicht gerade schlecht ist. Die Bibliothek des Bildungsvereines in Gumpendorf besteht gegenwärtig aus 1770 Bänden.

Davon entfallen auf:

Soziale Literatur	420	Bände
Partei-Zeitschriften	15	"
Wissenschaftliche Werke	323	"
Klassiker	247	"
Lehrbücher	102	"
Gesetzesbücher	182	"
Unterhaltungsliteratur	300	"
Zeitschriften	24	"

Internationale Literatur, und zwar:

Englische Sprache	22	Bände	} 157 "
Französische Sprache	14	"	
Italienische Sprache	29	"	
Slawische (böhm. und poln.) Sprache	52	"	
Ungarische Sprache	40	"	
			1770 Bände.

Vom 1. Jänner bis 15. November 1892 wurden 6942 Bände entliehen. Davon entfallen Entleihungen von:

Sozialer Literatur	900	Bände	
Partei-Zeitschriften	80	"	
Wissenschaftlichen Werken	984	"	
Klassikern	140	"	
Lehrbüchern	250	"	
Gesetzesbüchern	108	"	
Unterhaltungsliteratur	3890	"	
Zeitschriften	160	"	
Internationaler Literatur	430	"	
			6942 Bände.

Es verdient erwähnt zu werden, daß im Lesesaale des Vereines 106 Blätter aufliegen, und zwar in Oesterreich erscheinende Zeitungen in deutscher Sprache 34, in slawischer Sprache 9, in polnischer Sprache 3, in ungarischer Sprache 1, in Deutschland erscheinende Arbeiterzeitungen 24, darunter „Sozial-politisches Zentral-

blatt“, Berliner „Vorwärts“, „Berliner Volkstribüne“, „Schwäbische Tagewacht“ zc. zc., in der Schweiz erscheinende Arbeiterzeitungen 6, in Frankreich erscheinende 4, in England erscheinende 2, in Belgien erscheinende 1, in Rumänien erscheinende 1, in Schweden erscheinende 1, in Italien erscheinende 1, in Amerika erscheinende 4; außerdem 15 politische Tagesblätter.

Die Unterrichtslokale der meisten Bildungsvereine sind gegenwärtig leider aus finanziellen Gründen zumeist in Gasthäusern oder schlechten Privatlokalen untergebracht, in denen den Anforderungen der Hygiene in keiner Weise Rechnung getragen ist. Die Gemeinde Wien, die über eine große Zahl schöner Schulräume verfügt, ist im Ueberlassen derselben an Arbeitervereine äußerst spröde und mehrmalige diesbezügliche Gesuche wurden abgewiesen. Auch sind die Bestimmungen über das Verleihen der Schulräume so zöpiisch-kleinrämerisch gehalten, daß selbst im Falle der Bewilligung eine Menge von Unannehmlichkeiten aus ihrer Benützung erwachsen würde. Der Bildungsverein in Gumpendorf, der sich jahrelang in Gasthäusern und elenden Gefassen, mitunter sogar in Kellerlokalitäten herumtrieb, verfügt heute über ein aus mehreren Lehrzimmern, einem großen Vortragsaal und einem Bibliothekszimmer bestehendes annehmbares Privatlokal im Hause der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse.

Dankbar rühmend sei hier auch der Lehrer des Bildungsvereines gedacht, die, Ideologen, wie sie ja zumeist sind, aus Volksschullehrern und Studenten, auch Doktoren sich hauptsächlich rekrutierend, seit jeher zumeist unentgeltlich ihr Wissen in den Dienst der Sache gestellt haben. Einem von ihnen, dem Professor Trautmann, der zehn Jahre und länger die Buchhaltungskurse völlig unentgeltlich geleitet hatte, hat der Verein in einem eigenen Jubiläumsfest am 17. März 1878 und einer Adresse seine Dankbarkeit ausgedrückt.

8. Schlußwort.

Das Jacobi'sche Wort von der zukünftigen historischen Bedeutung der Bildungsvereine findet seine rühmliche Bestätigung in der Geschichte des Arbeiter-Bildungsvereines von Gumpendorf. Ist sie auch eine Zeugin vielfacher Verirrungen und großer Fehler gewesen, so ist sie doch zugleich ein erhebendes Zeugnis für das unbefieglige Streben der Arbeiterschaft nach geistiger Erhebung. So aus der Indolenz und Verkümmertheit heraus mit zäher Ausdauer zu einem hohen Ziele sich hinaufzuringen zu können, das ist ein Dokument für die dem Arbeiterstande innewohnende Kraft, wie es stolzer, glänzender nicht gedacht werden kann. Jene gedankenlosen Schwäger aber, die hochnasig von Unreife der Arbeiterschaft faheln, um eine Entschuldigung vor ihrem eigenen schlechten Gewissen zu haben, wenn sie ihr die ihr gebührenden Rechte vorenthalten, sie mögen aus diesem Vierteljahrhundert Bildungsbestreben lernen, wie ernst es den Arbeitern um den Wunsch ist, mitarbeiten zu können an den großen Kulturarbeiten der Menschheit und ein wie glänzendes Reifezeugnis sie sich schon durch die Aufrichtigkeit dieses Wunsches ausgestellt haben. Ist ja doch zugleich dieses Vierteljahrhundert ein Monument von

unserer Bourgeoiszeiten Schande. Die Bürgerklasse als solche hat nichts, nichts zur edlen Arbeit des Bildungsvereines beigetragen. Und wenn sie in ihren Wähler-
versammlungen von dem Schutz, den sie seit jeher dem Volke und seinen Be-
strebungen angeblich haben angedeihen lassen, den Mund voll nehmen, jede Seite der
Geschichte dieses Vereines vermag ihnen nachzuweisen, daß sie lügen.

Welche aber auch die Formen sein mögen, in denen sich die Agitation der
Zukunft bewegen wird, ob Bildungsvereine als Organisationen für sich nötig sein
werden oder nicht — gelernt muß immer werden. Und daher wird die Rolle der
Bildungsvereine so lange nicht ausgespielt sein, als mit den Arbeitsinstrumenten
auch die Bildungsmittel in den Händen einzelner Bevorrechteter monopolisirt sind.
Und wenn sie auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur langsam wirken
können — „Aufklärung ist eine langsame Pflanze, die zu ihrer Zeitigung einen
glücklichen Himmel, viele Pflege und eine lange Reihe von Frühlingen braucht,“
sagt Schiller — nicht um des Augenblickserfolges willen, sondern wegen der Au-
sdauer ihres Strebens machen sie sich um die Arbeiterschaft verdient. Heran, Ihr
Armen und Elenden, die Ihr wie von allen Freuden des Lebens, so vornehmlich
vom Genuß des Wissens ausgeschlossen seid, heran in strömenden Scharen:

„Tretet ein, auch hier sind Götter!“

